Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 169. Dienstag, den 22. Juli 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Im habsburgischen Strudel.

mv. Als die interessanteste und gleichzeitig auch die bedenklichste unter den Nachrichten, die über die Krisis auf dem Balkan in den letzten Tagen zu uns gelangt sind, muß ohne Zweifel die Ankündigung eines unmittelbar bevorstehenden Eingreifens Oesterreich-Ungarns angesehen werden. Was die habsburgische Monarchie im einzelnen beabsichtigt, wird noch nicht gesagt, aber die Berichte stimmen darin überein, daß sie zu der Neuordnung der politischen Grenzen auf dem Balkan Stellung nehmen und zugunsten Bulgariens ihren Einfluß in die Wagschale werfen wolle. Das kann nichts andres heißen, als daß sie unabhängig von dem übrigen Europa sich direkt in die Auseinandersetzungen der Balkanstaaten einzumischen und eine ihren Wünschen und angeblichen Interessen dienende Grenzfestsetzung herbeizuführen gedenkt.

Wir haben abzuwarten, ob sich diese Meldung bestätigt, aber schon jetzt darf gesagt werden, daß eine Verwirklichung des angedeuteten Planes unter allen Umständen eine schwere Gefährdung des europäischen Friedens sein würde, ganz gleichgültig, ob man nun in Wien und Budapest nichts weiter im Auge hat, als Serben und Rumänen auf Kosten Bulgariens nicht zu sehr erstarken zu lassen, oder ob man sich außerdem für die Gebietserweiterung Serbiens durch die Geltendmachung von Ansprüchen auf ehemalige Bestandteile des türkischen Reiches, zum Beispiel auf den Sandschak Novibasar, schadlos halten will.

Wenn Oesterreich-Ungarn sich für Bulgarien einsetzt, so wird es dabei natürlich nicht durch irgendwelche mitleidigen Rücksichten auf den zurzeit am meisten bedrohten Balkanstaat bestimmt. Bulgarien ist ihm völlig gleichgültig, und es hält seine schützende Hand über den Zaren Ferdinand nur deshalb, weil es die Stärkung seiner Gegner fürchtet. Diese Furcht aber hat vor allem innerpolitische Gründe.

Die österreichische Politik auf dem Balkan wurzelt nur zum geringen Teil in einem kapitalistischen Ausdehnungsbedürfnis. Man würde ihr unrecht tun, wenn man sie in der Hauptsache als einen Ausfluß der Macht- und Ländergier ihrer Dynastie ansehen wollte. Sie hängt aufs engste zusammen mit den inneren Zuständen des Landes; sie ist die fast naturnotwendige Folge der großen und verhängnisvollen Sünden, die die herrschenden Schichten, besonders die madjarischen Junker, in der Behandlung der Nationalitätenfrage begangen haben.

In Ungarn sitzen keine Bulgaren, wohl aber beträchtliche Massen von Serbokroaten und Rumänen. Zusammen über 5 Millionen. Und diese Rumänen und diese Serben, zu denen noch die in Bosnien und der Herzegowina kommen, gravitieren um so mehr zu ihren Landsleuten jenseits der Grenze, je mehr sie von der madjarischen Regierung ihrer Freiheiten beraubt und zu Heloten herabgedrückt sind. Erweitern Rumänien und Serbien ihr Machtgebiet, so werden diese Staaten zu stärkeren Magneten für die slawischen und rumänischen Volksteile, und deshalb liegt es nahe, alles aufzubieten, ihre Ausdehnung zu verhindern.

Das wäre dann allerdings ein völliger Bruch mit dem bisherigen Verhalten gegenüber Rumänien. Bei aller Drangsalierung der Rumänen in Ungarn ließ man es sich doch angelegen sein, einigermaßen gute Beziehungen mit der Regierung in Bukarest zu unterhalten, und da diese ebenfalls Rußland fürchtete, war es möglich, das Doppelspiel durchzuführen. Eine Belastung durch eine Begünstigung Bulgariens verträgt aber das freundschaftliche Verhältnis zu Rumänien nicht. Dieser Staat würde nicht nur auf eine Verständigung mit Rußland bedacht sein, sondern auch seine Beziehungen zu Serbien enger gestalten, und die Losreißungsbestrebungen der nicht madjarischen Bestandteile Ungarns wären nicht gedämpft, sondern erhielten neue Nahrung. Ob die Dankbarkeit Bulgariens groß genug sein würde, um dafür einen Ausgleich zu bieten, ist mehr als zweifelhaft. Die österreich-ungarische Gewaltpolitik im Innern hat eine Gewaltpolitik nach außen erzeugt. Beide Faktoren wirken zusammen, um die internationale Lage des Donaureichs immer schwieriger zu gestalten und die Ruhe Europas zu bedrohen.

Man darf wohl konstatieren, daß die Erkenntnis dieser Zusammenhänge im Verlauf der Balkanwirren auch in Deutschland gewachsen ist. Die Zahl derer nimmt ab, die es für eine selbstverständliche und freudig zu erfüllende Pflicht der deutschen Politik ansehen, „in schimmernder Wehr“ an die Seite des Verbündeten zu treten, um Serbien züchtigen und die habsburgische Interessensphäre auf der Balkanhalbinsel erweitern zu helfen. Während zu Beginn des Türkenkriegs die Sozialdemokratie noch beinahe des Vaterlandsverrats beschuldigt wurde, wenn sie die österreichische Orientpolitik als bedenklich hinstellte, macht sich jetzt immer mehr die Auffassung geltend, daß die Schritte, die man von Wien aus am Balkan unternimmt, wohl die Aufmerksamkeit, aber durchaus nicht die Unterstützung des Deutschen Reiches verdienen.

Wir sind nicht eingebildet genug, um diesen Umschwung zu einer vernünftigeren Auffassung der Dinge der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit gutzuschreiben, denn die bürgerliche Presse lehnt es ja grundsätzlich ab, von uns irgendwelche Belehrungen über die internationale Lage entgegenzunehmen. Aber wir dürfen doch mit Befriedigung darauf hinweisen, daß die Ansicht, zu der man sich in den bürgerlichen Kreisen erst langsam durchzuringen beginnt, von der Sozialdemokratie von Anfang an vertreten worden ist.

Es geht hier ganz ähnlich wie mit der Angst vor dem Panslawismus. Vor einigen Monaten waren wir im besten Falle krasse Ignoranten, wenn wir die Gefahr des Allslawentums leugneten und es für lächerlich erklärten, mit ihr eine Heeresvorlage von rund 140 000 Mann begründen zu wollen. Heute kann man von denselben Leuten, die sich damals uns gegenüber aufs hohe Pferd setzten, den Panslawismus als Kinderschrecken, als Phantom, als eine Narretei verspotten hören. Heute haben wir beinahe Anlaß, ein wenig nach der andern Seite zu rücken und darauf aufmerksam zu machen, daß eine gewisse Möglichkeit doch vorhanden ist, das Gemeinsamkeitsbewußtsein aller Slawen zu stärken und ihm eine für Deutschland nicht ungefährliche Spitze zu geben.

Diese Möglichkeit ist wiederum in der Politik Oesterreich-Ungarns verankert. Wenn in Wien und vor allen Dingen in Budapest der Weg der Gewalt gegen die slawischen Völkerschaften in Ungarn nicht verlassen wird, und wenn man sich zudem in eine immer stärkere Gegnerschaft gegen den serbischen Staat drängen läßt, dann zwingt man Elemente, die sonst einander widerstreben, gewaltsam zusammen, und wenn dann gar noch die Rumänen in das slawische Lager getrieben werden, dann wächst für Oesterreich-Ungarn eine schwere Bedrohung heran. Schon heute will der rumänische Bauer in Ungarn lieber russisch als madjarisch sein. Der habsburgische Staat aber tut alles, um diese Stimmung zu verschärfen, und das Deutsche Reich als sein Bundesgenosse läuft Gefahr, von ihren Folgen in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

Politische Rundschau

Deutschland.

Konservatives Sturmlaufen gegen die Zolltarifrevision.

Die „Konservative Korrespondenz“ bedauert den Verlust von drei Mandaten der Rechten des Reichstags an den „Großblock“. Dieses Bedauern hat eine sehr reale Grundlage: laufen doch mit dem Jahre 1917 die Handelsverträge, die Deutschland mit den meisten auswärtigen Staaten abgeschlossen hat, fast sämtlich ab. Die Korrespondenz bemerkt, daß durch die drei Mandate, welche die Rechte in letzter Zeit verloren hat, die Linke das tatsächliche Uebergewicht erlangt hat. Im Hinblick auf den Zolltarif rechnet die Korrespondenz nun mit zwei Möglichkeiten: entweder legt die Reichsregierung dem Reichstag einen neuen Zolltarif vor, oder die neuen Handelsverträge werden auf Grund des alten Zolltarifs abgeschlossen. Das letztere wünscht natürlich die „Konservative Korrespondenz“, da dies selbstverständlich im Interesse der Konservativen, der Agrarier und Junker liegt. Sie verweist auf die Erklärung, die Staatssekretär Dr. Delbrück am 4. März 1912 im Reichstage abgab und nach welcher die bestehenden Zolltarife sich bewährt haben, so daß kein greifbarer Anlaß bestehe, einen Wechsel in der Zollpolitik und Handelspolitik Deutschlands eintreten zu lassen. Im großen und ganzen werde es sich daher auch nur um eine Verbesserung oder Erweiterung des Zolltarifs in einigen Punkten handeln können. Die Korrespondenz traut aber dem Frieden im Reichstage nicht. Sie vermutet, daß eine freihändlerische Mehrheit den ganzen Zolltarif in Behandlung nimmt und ihn in ihrem Sinne umgestaltet. Sie stützt sich dabei auf Aeußerungen der freihändlerischen Presse, in welcher in erster Linie verlangt werde: Aufhebung der Mindestzölle für Roggen und Weizen, Abschaffung der Futtermittelzölle, Ermäßigung der Vieh- und Fleischzölle usw.

Gegen diese Forderungen läutet die „Konservative Korrespondenz“ Sturm, indem sie schreibt: „Daraus kann die deutsche Landwirtschaft ersehen, was sie von diesem Reichstag noch erwarten kann und wie groß die Gefahr ist, die der deutschen Landwirtschaft von diesem Reichstag noch droht. Das hat die Verhetzung bei den letzten Reichstagswahlen zustande gebracht, die dazu geführt hat, daß rund 160 ausgesprochene Freihändler im Reichstage sitzen, sodaß die schließliche Entscheidung über die Fortsetzung unserer Wirtschaftspolitik im bisherigen Rahmen von wenigen Stimmen abhängt. So ist das Schicksal der Gestaltung des Zolltarifs in der Tat höchst ungewiß und es wird außerordentlicher Anstrengung aller landwirtschaftsfreundlichen Parteien bedürfen, um die Erneuerung der Handelsverträge auf der bisherigen Basis zu erreichen. Zu irgend welchen Verbesserungen im landwirtschaftsfreundlichen Sinne dürfte dieser Reichstag sowieso nicht zu haben sein.“

Es kümmert die Agrarier und Junker also nicht, ob das deutsche Volk infolge der hohen Lebensmittelzölle hungern muß. Ist es doch jetzt schon in hohem Maße auf das Hundefleisch gekommen! In dem Vorgehen der Konservativen kann aber das arbeitende Volk sehen, was bei den letzten Reichstagsersatzwahlen auf dem Spiel gestanden hat. Auch bei den bevorstehenden Ersatzwahlen kann nicht genug auf die konservative Gefahr, auf die Brot- und Lebensmitelwucherer, hingewiesen werden.

Landrätliche Gesinnungsschnüffelei.

In dem „Liegnitzer Kreisblatt“ erläßt das dortige Landratsamt folgende Bekanntmachung: „Es sind in letzter Zeit von einer Frau Alma Wartenberg mit Lichtbildern verbundene Vorträge über Mittel zur Verhütung der Empfängnis abgehalten worden, die aber aus Gründen der öffentlichen Ordnung zu verbieten sind. Unter anderem hat dieselbe auch wiederholt Vorträge in öffentlichen und geschlossenen Versammlungen sozialdemokratischer Ortsvereine zu Gehör gebracht.

Die Polizeibehörden des Kreises ersuche ich, dafür zu sorgen, daß öffentliche Vorträge der Genannten, welche Themate wie das vorbezeichnete behandeln und dadurch das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen, nicht geduldet werden.

In übrigen nehme ich noch Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es sich bei den in Rede stehenden Vorträgen nicht um „Versammlungen“ im Sinne des Vereinsgesetzes handelt.“

Diese Bekanntmachung erfolgte, obwohl im Breslauer Bezirk auf dem Beschwerdewege wie auch auf dem Prozeßwege vor Breslauer Gerichten längst festgestellt ist, daß kein Amtsvorsteher oder sonstiger Polizeigewaltiger das Recht hat, die Vorträge der Genossin Wartenberg, auch wenn sie in öffentlichen Versammlungen erfolgen, zu verbieten. Ueberhaupt geht es keiner Polizei etwas an, wie das Thema lautet, das in einer öffentlichen Versammlung erörtert wird.

Die Bekanntmachung wird natürlich das Gegenteil von dem, was sie bezweckt, zur Folge haben. Auch die Landbevölkerung wird sich über die sexuelle Frage aufklären; das besorgen schon zur Genüge die Junker und Agrarier mit ihrer Ausbeutung und Lebensmittelverteuerung; denn je mehr Köpfe eine Arbeiterfamilie zählt, um so trauriger ist heute ihr Los.

Auch für die Nationalliberalen der Militär-Boykott.

Die in den letzten Tagen auf den badischen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Kölsch in der rechtsnationalliberalen und zentrümlichen Presse erfolgten Angriffe wegen seiner Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Militärboykottantrag sind noch um deswillen der Beachtung wert, weil jetzt aus dem eigenen Wahlkreise des Abg. Kölsch, aus Offenburg in Baden, die Nachricht kommt, daß sogar die Nationalliberalen, also die Partei des gerüffelten Abgeordneten, die militärische Fuchtel fühlen müssen. Man hat nämlich in Offenburg über das Lokal, in welchem die badischen Nationalliberalen vor einiger Zeit ihren Parteitag abhielten, das Militärverbot verhängt. Damit man das Verbot genügend begründen konnte, wird gesagt, daß ein Arbeitergesangverein in diesem Lokale seine Abendunterhaltung abgehalten hat.

Trotzdem greift die altnationalliberale Presse den Abgeordneten aus dem eigenen Lager an, weil er solchen skandalösen Zuständen ein Ende machen will! Wahrlich, wenn St. Militarismus immer dreister auftritt, braucht man sich nicht zu wundern.

Die Freunde der Bauern.

Die Bauernlegerei des herrschaftlichen Dominiums Heidewilxen im Königreich Heydebrand, Militsch-Trebnitz, die vor einigen Wochen von der liberalen Presse festgestellt wurde, ist von den agrarischen Blättern geleugnet und beschönigt worden. Das hat unser Breslauer Bezirkssekretariat veranlaßt, einmal genaue Erkundigungen im Kreise einzuziehen, wie viel Bauern und Stellenbesitzer dort ihr Besitztum der „Herrschaft“ ausgeliefert haben. Es ergibt sich da folgende Liste von Verkäufern der „eigenen Scholle“:

Bauer Brühl 70 Morgen, Bauer Müller 60 Morgen, Besitzer Böhm 15 Morgen, Besitzer Knappe 8 Morgen, Besitzer Kiefer 8 Morgen, Besitzer Krano 6 Morgen, Besitzer Scholz 5 Morgen, Besitzer Roter 3 Morgen. Dazu kommt noch das Besitztum eines Bauern namens Nitschke, dessen Größe nicht ermittelt werden konnte und augenblicklich ist das Dominium drauf und dran, wieder eine 8 Morgen große Besitzung aufzukaufen.

Der Vorgang bei diesen Arrondierungen des Großgrundbesitzes ist zunächst äußerst harmlos und überall geläufig. Zuerst wird dem in Bedrängnis befindlichen kleinen Manne Geld geliehen, und wenn er so viel hat, daß er die Zinsen nicht mehr aufbringen kann, dann schnappt die „Herrschaft" zu — die eigene Scholle ist weg. Die konservativen Großgrundbesitzerorgane stellen nun die Sache so dar, als ob der große Besitzer den armen Schluckern nur einen großen Gefallen tat, wenn er sie aus ihrer unhaltbaren Lage durch einen Kauf erlöste. Aufzuklären bleibt dabei nur, wie es kommt, daß trotz der 20jährigen „Bauernpolitik" unserer konservativen Regierung einer nach dem andern von den Kleinen sein Besitztum aus Not veräußern muß, während der Großgrundbesitz so im Golde schwimmt, daß er jahraus jahrein zukaufen, sich vergrößern, und nach oben abrunden kann.

Der Kampf um das Mandat im 4. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Nach einer Meldung des Organs der sächsischen Nationalliberalen haben die sog. nationalen Ausschüsse zuerst für eine nationale Sammelkandidatur des früheren Kolonialstaatssekretärs Dernburg geschwärmt. An dem Widerspruche der Konservativen ist dieser Plan aber gescheitert. Die Konservativen haben schließlich, nachdem der Glasermeister Wetzlich, der frühere Kandidat der Antisemiten und Konservativen, abgelehnt und sie sich noch einige weitere Absagen von Leuten geholt hatten, die den sicheren Durchfall vermeiden wollten, den ehemaligen Offizier Dr. Hartmann gewonnen. Dieser ist der Schwiegersohn des früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Großreeders Adolf Woermann. Die Antisemiten sind sich, wie die „Deutsche Wacht" schreibt, noch nicht schlüssig, ob sie einen besonderen Kandidaten aufstellen sollen. Die Nationalliberalen haben, wie obengenanntes Organ mitteilt, zu der Nachwahl ebenfalls noch keine endgültige Stellung eingenommen. Die Freisinnigen dagegen haben ihren früheren Kandidaten, den Rechtsanwalt Dr. Klöppel, wieder aufgestellt, für den bei der vorigen Wahl auch die Nationalliberalen eingetreten sind. Die Freisinnigen haben bereits mit der Wahlagitation begonnen.

Zur Krupp-Affäre.

Die „Deutsche Tageszeitung" fühlt sich veranlaßt, der Heeresverwaltung beizuspringen, indem sie sich dagegen erklärt, daß die Krupp-Angelegenheit vor der breitesten Oeffentlichkeit verhandelt werden soll. Das agrarische Blatt führt aus:

„Es wäre weiter nichts als eine unerhörte Pflichtverletzung, wenn das Gericht sich aus Rücksicht auf Verdächtigungen dazu verleiten ließe, durch zu große Ausdehnung der Oeffentlichkeit militärische Geheimnisse zu gefährden; und die Sicherheit des Reiches steht dem deutschen Volke doch erheblich höher, als die Wünsche gewisser Bevölkerungskreise, die aus Unverstand oder Gewissenlosigkeit an der Schwächung ihres eigenen Vaterlandes arbeiten."

Allerdings will die „Deutsche Tageszeitung" keine Vertuschung, nur wünscht sie, daß die Heeresverwaltung die nötige Aufklärung geben soll, aber auch nicht in der breitesten Oeffentlichkeit, sondern nur im vertraulichen Kreise einer Reichstagskommission. Es muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß man aus den Worten des früheren Kriegsministers keinen anderen Schluß ziehen konnte als wie den, daß die Angelegenheit öffentlich verhandelt werden soll. Der Kriegsminister ist allerdings nicht mehr an seinem Platze, und der neue Kriegsminister könnte sich darauf stützen, daß er keinerlei Zusicherungen gegeben habe. Es liegt aber im Interesse der Heeresverwaltung selber, daß sie die Angelegenheit, die so ungeheures Aufsehen in der ganzen Kulturwelt erregt hat, nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln läßt. Selbst eine von der Heeresverwaltung verfaßte Darstellung würde nicht das erschöpfende Bild geben können, das nur aus der Verhandlung gewonnen werden kann, und würde unzweifelhaft der Auffassung Raum geben müssen, daß die Heeresverwaltung doch allen Anlaß hat, der Oeffentlichkeit keine genaue Aufklärung zu geben. Auch Mitteilungen, die einer Reichstagskommission gemacht würden, vermögen ihren Zweck nicht zu erfüllen; denn diese Mitteilungen sind in der Regel vertraulich, sodaß die Mitglieder der Kommission nicht einmal ihrer Fraktion Kenntnis von dem geben dürfen, was ihnen dort mitgeteilt worden ist. Entweder die Heeresverwaltung steht so da, daß sie keinerlei Vorwürfe zu befürchten hat, dann braucht sie auch die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen oder aber sie scheut diese Oeffentlichkeit, und dann darf sie sich nicht wundern, wenn allen möglichen Kombinationen Tür und Tor geöffnet werden. Wenn übrigens so viel von militärischen Geheimnissen geredet wird, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß jedenfalls das, was die Zeugoffiziere erfahren, nicht von solcher Tragweite ist, daß durch die Veröffentlichung dessen die militärische Sicherheit Deutschlands gefährdet werden könnte. Uebrigens wird die ganze Affäre noch weitere Kreise ziehen. Wie nämlich dem „Berliner Tageblatt" aus Essen telegraphiert wird, ist ein Ermittelungsverfahren gegen verschiedene Mitglieder des Direktoriums der Firma Krupp, insbesondere gegen den Direktor Geheimrat Dr. Hugenberg, Direktor Eccius, Direktor Haux im Gange. Die Untersuchung wird von der Berliner Staatsanwaltschaft geführt. Die Ermittelungen gehen dahin, inwieweit die Direktoren von den unerlaubten Verbindungen ihres Angestellten Brandt mit den Zeugoffizieren Kenntnis gehabt haben, und es wird angenommen, daß sie ihm die erforderlichen Mittel in Form von Repräsentationsgeldern bewilligt haben. Brandt hat von Berlin aus in direktem Verkehr mit der Direktion der Firma Krupp gestanden und den Direktoren die regelmäßigen Berichte, die er von den Zeugoffizieren erhielt, eingesandt. Es kommen daher besonders nur die Mitglieder des Kruppschen Direktoriums in Frage, mit denen Brandt in direktem Verkehr stand, die ihm Anweisungen erteilt und Meldungen von ihm entgegengenommen haben. Es wird der Standpunkt vertreten, daß die Direktoren, die die Berichte Brandts zu bearbeiten hatten, oder doch wenigstens Kenntnis von ihrem Inhalt erhielten, gerade nach dem Inhalt der Berichte keinen Moment darüber im Zweifel sein konnten, daß die in den Berichten gemachten Mitteilungen von Brandt nicht auf legalem Wege erlangt sein konnten, daß er vielmehr unerlaubte Mittel zu ihrer Beschaffung angewendet hat.

Die Firma Krupp unterhielt seit vielen Jahren in Berlin ein Bureau, an dessen Spitze ein höherer Beamter, zuletzt ein Herr Metzen, mit dem Range eines Direktors stand. Brandt war in früheren Jahren als Artillerist in der Depotverwaltung der Artillerie-Prüfungskommission als Zeugfeldwebel beschäftigt und wurde zunächst als Sekretär von der Firma Krupp eingestellt. Er ist dann Vorsteher des Buteaus für die Lieferungen des Kriegsmaterials geworden, schließlich wurde ihm der Nachrichtendienst anvertraut. Um Nachrichten zu bekommen, suchte er enge Fühlung mit einigen ihm von früher her bekannten Zeugoffizieren, bezahlte dann Zechen, Theaterbesuche, gab Geldgeschenke und gewährte auch Darlehen. Die Firma Krupp dürfte nicht im Zweifel gewesen sein darüber, daß die ihr zugegangenen Nachrichten nur von Militärbeamten herrühren konnten, die sie wiederum geheimen Berichten entnommen haben mußten.

Der fürsorgliche Staat.

Der „Post" wird geschrieben: „Im nächsten preußischen Haushalt dürften weitere Mittel zum Zweck der Schaffung einer dichteren Landbevölkerung, insbesondere für die Erhaltung und Vermehrung der Landarbeiter, bereitgestellt werden. Als besondere Maßnahme ist geplant, in den einzelnen Provinzen zwecks Klarstellung und praktischer Leitung der örtlichen Maßnahmen die Anstellung von besonderen „Geschäftsführern" für das Landarbeiterwesen bei den Landwirtschaftskammern vorzunehmen. Des weiteren soll der Ausbau der Arbeitsnachweise gefördert werden und für eine berufliche Ausbildung der Landarbeiter sowie für eine Ausdehnung der Wohlfahrtspflege, insbesondere hinsichtlich der Errichtung von Rechtsauskunftsstellen auf dem Lande, Sorge getragen werden.

Ferner dürfte als ein weiteres Mittel zur Erhaltung und Vermehrung der Landarbeiter die Erteilung von Lehraufträgen über die Landarbeiterfrage und Wohlfahrtspflege an den landwirtschaftlichen Lehrinstituten in Betracht kommen. Hierdurch würde Anregung und Belehrung über die einschlägigen Fragen in weitere Kreise getragen werden. Auch die Bestrebungen, die sich auf eine Heranziehung der Landarbeiter zu landwirtschaftlichen Organisationen und wirtschaftlichen Vereinen beziehen, fördern die Landarbeiterfrage im günstigen Sinne. Nachdem die Landwirtschaftskammer in Hannover beschlossen hat, Arbeitern Sitz und Stimme innerhalb ihrer Ausschüsse zu gewähren, wollen auch andere Landwirtschaftskammern entsprechende Anordnungen treffen."

Diese Maßnahmen werden lediglich im Interesse der Junker und Agrarier unternommen. Man hofft, auf diesem Wege die Landarbeiterfrage wenn nicht ganz, so doch zum Teil lösen zu können.

Zum Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

Aus Dresden wird gemeldet: Dem zum zweiten Male zum stellvertretenden Bürgermeister von Neustädtel gewählten sozialdemokratischen Stadtrat Immerthal wurde vom sächsischen Ministerium des Innern die Bestätigung versagt. Gleichzeitig hat das Ministerium den Regierungsrat Zimmer mit der kommissarischen Verwaltung der zur Kreishauptmannschaft Zwickau gehörigen Stadtgemeinde beauftragt.

So agitiert eine Staatsverwaltung, ohne es zu wollen, für die Sozialdemokratie!

Die Öffentlichkeit und der Krupp-Prozeß vor dem Kriegsgericht.

Wie nunmehr als feststehend angenommen wird, werden die Verhandlungen gegen die sieben Zeugoffiziere vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur zum größten Teil öffentlich geführt werden. Den Zeitungsberichterstattern sind bereits Eintrittskarten zu den Prozeßverhandlungen ausgehändigt worden. Verhandlungsleiter ist Kriegsgerichtsrat Dr. Coerrens, juristischer Beirat: Kriegsgerichtsrat Dr. Bärensprung, Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Dr. Welt. Die drei richterlichen Offiziere werden erst in den nächsten Tagen kommandiert werden. Man glaubt, die Verhandlungen werden in längstens drei Verhandlungstagen beendet sein.

Die Offiziöse über die nächste Heeresvorlage.

Die „Milit.-Pol. Korresp." hatte von „wohlunterrichteter Seite" die Mitteilung erhalten, im Kriegsministerium würden alle Vorbereitungen für eine Neu- bezw. Umbewaffnung der Artillerie getroffen, und im Reichsmarineamt liege eine Vorlage über die Schaffung einer Auslands-Kreuzer-Flotte fertig da. Die „Nordd. Allg. Ztg." dementiert nun Montagabend in folgender Form:

„Wie die Korrespondenz Piper erfährt, ist die Meldung der „Militärisch-Politischen Korrespondenz", daß im Kriegsministerium alle Vorarbeiten für eine Neu- bezw. Umbewaffnung der Artillerie getroffen würden, völlig aus der Luft gegriffen. Um die ganze Unwahrscheinlichkeit dieser Meldung der „Militärisch-Politischen Korrespondenz" zu erkennen, braucht man sich nur der Worte zu erinnern, die der ehemalige Kriegsminister v. Heeringen am 9. April im Reichstage auf die Aeußerungen des Abg. Haenßler erwiderte.

Zu der Meldung der gleichen Korrespondenz von der Schaffung einer Auslandskreuzerflotte wird der genannten Korrespondenz von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß ein solches fliegendes Geschwader unter dem Titel Dispositionsgeschwader: 4 Panzerkreuzer, bereits in dem jetzigen Flottengesetz enthalten ist. Die Auslandskreuzerflotte, die mit der systematischen Durchführung des Flottengesetzes gebaut wird, ist also nichts, was über den bestehenden Bauplan hinausgeht."

Diese Ausführungen sind eher eine Bestätigung der Meldung der „Mil.-Pol. Korr." als ein Dementi. Warum tritt das Kriegsministerium nicht im offiziösen Regierungsblatte in unzweideutigen, klaren Worten einer etwaigen falschen Meldung entgegen? Und die Berufung auf die Ausführungen des Kriegsministers im Reichstage sind völlig verfehlt. Wie war denn Herr v. Heeringen über die letzte Heeresvorlage, ehe diese ihre eigentliche Gestalt annahm, orientiert?! Sie kam ihm doch wie der Blitz aus heiterm Himmel, und sie wird als ein Werk der Generalstäbler angesehen. Es wird also mit der Meldung der „Mil.-Pol. Korr." schon seine Richtigkeit haben.

Der Adel im Reichstag.

Mit den Herren v. Kröcher und v. Oertzen sind wieder zwei Adlige im Deutschen Reichstag weniger geworden, Das Haus hatte adlige Mitglieder

1878	162	1903	77
1890	126	1907	72
1893	102	1912	57
1898	83	1913	55

Von den 57 Adligen, die 1912 wieder in den Reichstag einzogen, saßen bei den Konservativen 27, dazu sind noch 14 vom Zentrum und den Welfen zu rechnen. Die Polen haben 8 Adlige in ihren Reihen, die bürgerliche Linke 7, meistens Nationalliberale, die Sozialdemokratie 1 — Genossen v. Vollmar. Die deutsch-konservative Partei besteht zur kleineren Hälfte aus Adligen, die deutsch-hannoversche Gruppe zu vier Fünfteln.

Auch der militärische Einschlag des Reichstages ist merklich zurückgegangen. Es sind jetzt nur 80 Reichstagsabgeordnete Offiziere des aktiven Heeres, der Reserve oder Landwehr, gegen 114 im Jahre 1907. Generäle, die zugleich M. d. R. sind, gibt es jetzt nur noch zwei, 1907 waren es 6.

Hoffentlich kommt bald der Tag, da der rechtsstehende Feudaladel und die ihm nahestehenden Militärs den Reichstag als nicht mehr standesgemäß gänzlich boykottieren und die Volksvertretung dem Volke überlassen. Die Sozialdemokratie wird gern Streikposten stehen!

Frankreich.

Die französische Heeresvorlage angenommen. Die Kammer nahm am Sonnabend in später Nachtstunde das gesamte Militärgesetz mit 358 gegen 204 Stimmen an. Im Namen der sozialistischen Fraktion verlas Genosse De la Porte folgende Erklärung: „Wir haben seit Wochen hartnäckig die hauptsächlichen Bestimmungen eines Gesetzes bekämpft, das uns verderblich und absurd erscheint. Einstimmig werden wir es im ganzen ablehnen. Es geht hervor aus einem Gedanken sozialer Reaktion. Es hat zum Zweck, auf die Berufsarmee zurückgehend, gegen das Volk, gegen die Arbeiterklasse die Gewalttätigkeit der Regierung zu schärfen und aus der Armee eine große Nationalgendarmerie zu machen. Weit entfernt, die Landesverteidigung zu sichern, schädigt es diese. Die wahrhaft republikanische Organisierung der bewaffneten Nation würde Frankreich nicht nur unbesiegbar, sondern unangreifbar gemacht haben. Frankreich wird im Gegenteil durch die Verlängerung des kostspieligen und unnützen Kasernendienstes geschwächt werden, die das Land von der militärischen Erziehung der Jugend und der Einreihung der Masse der Reserven ablenken und in den Quellen seiner Produktion, seines Reichtums und seiner Wissenschaft treffen wird. Schon hat für die Urheber dieses jämmerlichen Werkes die Strafe begonnen. Da man nicht direkt gegen die Natur der Dinge vorgehen und eine große Demokratie auf veraltete Formen zurückführen kann, sind sie genötigt gewesen, ärmliche Kompromisse zu suchen. Nachdem sie willkürlich und ungesetzlich die Jahresklasse auf ein Jahr zurückbehalten haben, haben sie vor ihrem Gewaltstreich Angst bekommen und nach allen möglichen Auswegen gesucht, nicht um die Jahresklasse zu befreien, die sie in der Tat nicht zurückbehalten konnten, sondern um sich von der Jahresklasse zu befreien. Und den Ausweg, den sie gefunden haben, hat nicht nur zur Wirkung, die Gesundheit der jungen Leute zu gefährden. Er untergräbt die Basis ihres Gesetzes, durch die Aufhebung der Ständigkeit des Effektivbestandes. Sie ruinieren und stürzen selbst den Vorwand, dessen sie sich bedient haben, um die dreijährige Dienstzeit zu rechtfertigen. Nachdem sie dem Lande gesagt haben, daß es dringlich sei, in den Kasernen ausgebildete Soldaten zurückzubehalten, um in dem kritischen Zustand Europas einer unmittelbaren Gefahr zu begegnen, häuft die Regierung und ihr Gesetz in den Kasernen und selbst an der Grenze und in den Deckungsregimentern eine Masse unmobilisierbarer Rekruten. Wenn die vorgebrachten Gründe für das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit ernst wären, so ist das Gesetz, das jetzt beschlossen werden wird, gleichbedeutend mit einem Verrat. Niemals hat man einem großen Volke eine so ungeheure Mystifikation teurer zahlen lassen. Dieses Bastardgesetz, ein widerspruchsvolles Gesetz militärischer Desorganisierung und nationaler Schwächung, ist ein Gesetz finanziellen Ruins. Es beschwert direkt oder indirekt das Budget mit einer Last von 500 Millionen und erhöht das Defizit auf eine Milliarde. Wir werden bald sehen, ob die privilegierten Klassen Frankreichs bereit sein werden, die nötigen Opfer zu zahlen. Was an uns ist, nachdem wir mit allen Kräften gekämpft haben, um von dem Arbeiter- und Bauernvolk die Last eines dritten Dienstjahres abzuwenden, so werden wir kämpfen, um von ihm die erdrückende Last neuer Steuern abzuwenden. Und wir werden nicht aufhören, das antirepublikanische Werk zu brandmarken. Wir werden unsere Tätigkeit und unsern Kampf solange fortsetzen, bis das Volk die Beseitigung eines verabscheuungswürdigen Gesetzes errungen und die pseudonationale Reaktion der Präsidentschaft Poincaré zurückgeworfen hat. Nieder mit der dreijährigen Dienstzeit!"

Italien.

Ein italienischer Fall Redl? Nach dem „Giornale d'Italia" wurde Sonnabend morgen in Cervia bei Ravenna der frühere Sektionschef im Kriegsministerium, Graf Morozzo della Rocca, unter dem Verdacht, Dokumente der Landesverteidigung an eine auswärtige Macht verkauft zu haben, verhaftet. Er gehört einer alten piemontesischen Familie an. Angeblich soll die Spionage für Oesterreich ausgeübt worden sein und mit Hilfe einer Oesterreicherin, der Geliebten des Offiziers, doch bleibt eine Aufklärung des

Falles abzuwarten. Bei der Haussuchung im Schlosse des Grafen, der ein Vertreter des italienischen Kriegsministeriums beiwohnte, ist eine große Anzahl äußerst belastender Dokumente zutage gefördert worden. Die offiziöse „Tribuna“ bestätigt die Verhaftung mit dem Hinzufügen, daß der Festgenommene ein außerordentlich phantastischer Mensch sei und daß zwar verdächtige Schriftstücke beschlagnahmt worden seien, doch scheine es sich um einen Spionagefall von sehr untergeordneter Bedeutung zu handeln. Das wird sich ja zeigen.

Holland.

Die Ministerfrage in Holland. Eine neue Konferenz von Parteivorstand, der neuen Kammerfraktion und der Redaktion des Zentralorgans hat beschlossen, den schon ausgeschriebenen außerordentlichen Parteitag zur Beratung der Ministerkrise nicht stattfinden zu lassen. Die Konferenz hat sich nämlich mit beträchtlicher Mehrheit gegen jede Teilnahme von Sozialisten an einer liberalen Kabinettsbildung in der heutigen Situation ausgesprochen, unter Beibehalten ihrer schon früher ausgesprochenen Bereiterklärung, ein liberales Kabinett zu unterstützen, das so schnell wie nur möglich das allgemeine Wahlrecht und die unentgeltliche Staatspensionierung bringen soll. Die Konferenz wünscht aber nicht, mit sozialistischen Ministern auch die Fraktion und die ganze Partei zu Gefangenen des liberal gearteten Kapitalismus zu machen, und betrachtet auch ein so wenig homogenes und dadurch schwaches Kabinett, als es ein liberal-sozialistisches sein würde, als die schlechteste Gewähr für die baldige Erreichung des allgemeinen Wahlrechts. In Anbetracht der Tatsache, daß die Konferenz dem Parteitag keine Abweichung von der bisher befolgten Auffassung und Taktik vorzuschlagen hätte und es schon feststeht, daß die große Mehrheit der Partei den Standpunkt der Konferenz teilt, ist eine nochmalige Beschlußfassung auf einem Parteitag unnötig, und wird dieser nicht abgehalten.

Balkan.

Die Hoffnung auf Frieden scheint jetzt wieder einmal ihrer Verwirklichung näher zu kommen. Der rumänische Ministerpräsident Majoresen erhielt gestern die amtliche Bestätigung, daß Bulgarien die ihm von Rumänien gestellten Bedingungen annimmt. Sonnabend hielt die bulgarische Regierung eine geheime Sitzung ab, in der über die Frage der Entsendung von Delegierten nach Nisch verhandelt wurde, da Rußland darauf bestand, daß Bulgarien der serbischen Einladung Folge leiste. Infolgedessen sind General Paprikow und der Deputierte Iwantschew Sonntag zusammen mit dem russischen Militärattachee, der ihnen beim Ueberschreiten der serbischen Grenze behilflich war, nach Nisch abgereist. Die bulgarische Regierung hat die beiden Delegierten dahin instruiert, alle Forderungen entgegenzunehmen und dann Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu eröffnen, wenn annehmbare Bedingungen gestellt werden. Alle streitigen Angelegenheiten mit den Verbündeten seien einem europäischen Schiedsgericht zu unterbreiten. Sonntag abend sind die bulgarischen Friedensdelegierten, die Generale Paprikow und Iwantschew, in Nisch eingetroffen, um mit den Delegierten sämtlicher Verbündeten unverzüglich in direkte Friedensunterhandlungen einzutreten. Es wird höchste Zeit, den grauenvollen Morden Einhalt zu gebieten.

Der türkische Vormarsch nimmt mittlerweile seinen Fortgang. Die „Times“ melden aus Sofia unter dem 20. Juli: Die Türken sind nach kurzem Kampfe gegen eine kleine bulgarische Verteidigungsabteilung in Adrianopel eingerückt. Irreguläre Truppen brennen und plündern die Stadt und begehen allerhand Grausamkeiten. Andere türkische Truppen rücken in östlicher Richtung vorwärts. Einer andern Meldung zufolge war es Enver Bey selbst, der mit Kavallerie und reitenden Batterien in Adrianopel einzog. Die Bulgaren waren nur zwei Batterien und 2000 Mann stark. Sie hatten Befehl erhalten, den Türken keinen Widerstand entgegenzusetzen, und zogen sich nach kurzem Feuergefecht zurück. — Auch Kirkkilisse soll wieder von den Türken besetzt sein.

Kriegsgreuel werden von allen Krieg führenden gemeldet, nur daß der eine sie stets dem andern zuschreibt. Der Kommandeur der zweiten bulgarischen Armee meldet: Die Serben haben die Stadt Radowischta in Brand gesteckt und die Bevölkerung niedergemetzelt. Die bulgarischen Dörfer Brechowo, Banitza, Sarkow, Gornobrodi, Dolnobrodi, Kruchewo und Frachina sowie andere Dörfer in der Umgegend von Serres, die von den Bulgaren geräumt worden waren, sind von den Griechen zerstört worden. Ein Teil der Bevölkerung zog sich mit den Bulgaren zurück. Alle, die nicht rechtzeitig flohen, sind verbrannt oder von den Griechen niedergemacht worden. — Der Kommandeur der vierten Armee telegraphiert: Die bulgarischen Städte Kovodorzi und Negotin sind von den Serben angezündet worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 22. Juli.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Die Karten für das diesjährige Gewerkschaftsfest werden am Dienstag, dem 22. Juli, Mittwoch, dem 23. Juli und Donnerstag, dem 24. Juli, abends von 8 bis 9 Uhr im Gewerkschaftshause ausgegeben und werden die Vorstände gebeten, zur Empfangnahme der Karten zu erscheinen.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Die Bewegung auf den Seeschiffswerften. Am Sonntag, dem 20. Juli, hatten die einzelnen Organisationsleitungen Vertreter aus den Werftorten nach Hamburg zusammenberufen, um mit ihnen vom eigenen Organisationsstandpunkt aus die Situation zu besprechen. Die Vorstände haben kurz ihre Ansicht über die Nichtanerkennung der Arbeitseinstellungen vertreten und ihr Standpunkt ist auch durch die Konferenzen nicht geändert worden. — Am Montag haben die Hauptvorstände der Verbände der Metall-, Holz-, Fabrikarbeiter, der Kupferschmiede, Schiffszimmerer, Maschinisten und Heizer und der Maler eine längere Erklärung erlassen, in der es heißt: „Die diesjährige Bewegung der Werftarbeiter wurde im Einverständnis mit den beteiligten Verbandsvorständen und den beteiligten Arbeitern eingeleitet. Es wurde eine aus Vertretern der Mitglieder aus den einzelnen Werftorten bestehende Konferenz eingesetzt, die sowohl bei der ersten Einleitung, als auch im späteren Verlaufe der Bewegung zur regelmäßigen Beratung und Entscheidung herangezogen wurde. Die Konferenz und die Vorstände waren sich darin vollkommen einig, daß ernstlich versucht werden müsse, die Bewegung auf friedlichem Wege durchzuführen, und erst wenn dieser Versuch gescheitert war, das Mittel des Streiks zur Anwendung zu bringen. Man wollte den Kampf nach Möglichkeit vermeiden, scheute ihn aber auch nicht. Als die Verhandlungen zwischen einer aus den verschiedenen Werftorten zusammengesetzten Beratungskommission und den Werftbesitzern auf den toten Punkt angelangt waren, nahmen die Verbandsvorstände zunächst unter sich und dann mit der Verhandlungskommission der Arbeiter — 32 Vertreter aus verschiedenen Berufen und Orten — zu der Angelegenheit Stellung. Man kam überein, daß nunmehr die Verbandsvorstände als die verantwortlichen Instanzen der Verbände Verhandlungen zwischen Vertretern der beiderseitigen Verbandsleitungen vorschlagen sollten, um auch das letzte Mittel zur Herbeiführung einer friedlichen Verständigung nicht unversucht zu lassen. Die am 13. Juli in Hamburg tagende Werftarbeiterkonferenz stimmte diesem Vorschlage mit Fünfsechstelmehrheit der anwesenden Vertreter zu. Als Termin für die Antwort der Unternehmerverbände wurde der 17. Juli bestimmt. Damit waren sowohl die Verbandsvorstände, als auch die beteiligten Mitgliedschaften verpflichtet, die Wirkung der von den Vorständen eingeleiteten Aktion abzuwarten. Aber schon am Montag, dem 14. Juli, als die Unternehmerorganisation kaum im Besitz des Schriftstücks der Verbandsvorstände sein konnte, wurde zunächst auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg die Arbeit niedergelegt, mit Ausnahme einiger Arbeitergruppen, die unter Hinweis auf die Kongreßbeschlüsse von einem Streik abrieten. Diese Mahnungen wurden jedoch ebenso, wie die der Organisationsleitungen in den Wind geschlagen. Ein Werkstattdelegierter der Kesselschmiede erklärte sogar der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, „wir wollen uns nicht mehr Sand in die Augen streuen lassen!“ Trotz ausdrücklicher Verwarnung auch dieser Arbeiter, traten ein Teil der Arbeiter von Blohm u. Voß und die gesamten Arbeiter der Vulkanwerft in Hamburg in den Streik ein. Andern Tages ruhte die Arbeit auf den Hamburger Werften fast vollständig. Unmittelbar nach der Arbeitsniederlegung in Hamburg erfolgte eine solche des Schiffsbaues in Flensburg und am Mittwoch früh der Nieter in Stettin sowie der übrigen Abteilungen der Werft in Flensburg. In Stettin hatten örtliche Verhandlungen stattgefunden und sollten am Donnerstag, den 17. Juli fortgesetzt werden. Die Arbeitsniederlegung erfolgte hier also während der schwebenden Verhandlungen. Dies der Sachverhalt. Die Stellung der Verbandsvorstände ist hiernach gegeben. Die Statuten aller gewerkschaftlichen Zentralverbände machen nicht etwa zufällig, sondern aus zwingenden Gründen Arbeitsniederlegungen von der Genehmigung der Vorstände abhängig. Eine solche Genehmigung war nicht erteilt, konnte auch, solange die Verhandlungen nicht endgültig abgebrochen waren, nicht erteilt werden. Die Statuten der gewerkschaftlichen Zentralverbände verweigern ihren Mitgliedern in allen Fällen, wo Streiks ohne Genehmigung der Vorstände eingeleitet werden, die Unterstützung. Nach den Satzungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, um dessen Mitglieder es sich bei den Arbeitsniederlegungen in erster Linie handelt, verzichten die Mitglieder in solchen Fällen auf jedwede Unterstützung. Mit solchen statutarischen Vorschriften müssen sich auch die Vorstände abfinden. Die Vorstände können aber auch tatsächlich ihre Genehmigung nicht erteilen, weil das Vorgehen der genannten Mitglieder die in ausdrücklichem Einverständnis mit der Werftarbeiterkonferenz festgelegte Taktik über den Haufen wirft und dadurch die Absichten der Unternehmer, die Verantwortung für einen etwa entstehenden Kampf den beteiligten Arbeiterorganisationen zuzuschieben, unterstützt. Die Vorstände können auch nicht dulden, daß ohne vorherige Abstimmung der in Betracht kommenden Mitglieder Streiks inszeniert und wohlvorbereitete Bewegungen durch solche Putsche in Frage gestellt werden. Sie können nicht zulassen, daß ein Teil unbesonnener Mitglieder die besonnenen, ruhig abwägenden Mitglieder des Rechtes der Stimmabgabe bei solchen ernsten Entscheidungen berauben. Sie dürfen sich nicht außerhalb des Statuts stellen, auch dann nicht, wenn die Zahl der Mitglieder, die das tut, eine große ist. Durch das Verschulden dieser Mitglieder ist die Bewegung schon jetzt auf einen Punkt angelangt, wo sie zu einem erfolgreichen Ende nicht geführt werden kann. Aus diesem Grunde können die Vorstände eine Verantwortung für den Ausgang der Bewegung nicht übernehmen, solange wie die wilden Streiks bestehen und solange wie seitens der Mitglieder gegen die Beschlüsse der eigenen Vertreter verstoßen wird. Die Vorstände dürfen von der organisierten Arbeiterschaft wohl objektive Würdigung dieser ihrer Stellung, von den eigenen Mitgliedern aber Achtung vor den selbst gegebenen Gesetzen erwarten.“

* * *

Auf den Atlaswerken in Bremen hat der größere Teil der Arbeiter am Montagvormittag die Arbeit niedergelegt. — Auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack sind die Arbeiter Montag früh sämtlich in den Ausstand getreten.

Zum Hamburger Werftarbeiterstreik. über die eigentliche Veranlassung des frühzeitigen Streiks berichtet ein Vertrauensmann der Werftarbeiter von Blohm u. Voß einige interessante Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß willkürliche Lohnabzüge im Akkord besonders die Nieter unzufrieden gemacht hat. Die Nieter wählten Anfang Juni eine Kommission, die bei der Direktion um Abstellung der übelstände nachsuchen sollte. Herr Blohm war jedoch den Wünschen der Nieter nicht zugängig. Die Erregung unter den Arbeitern war groß und wurde noch gesteigert, als am Montag morgen der Weg zur Werft von 15 Schutzleuten besetzt war. Jeder fragte sich, was das zu bedeuten habe. Zu dieser Erregung kam die Entlassung einiger Vertrauensleute, die sich bemühten, die Leute zu beruhigen. Wahrscheinlich wollte die Werftleitung diese Beruhigung nicht, weil sie sich schon auf den Kampf vorbereitet hatte. Diese Entlassung der Vertrauensleute war die letzte Ursache, um den Streik perfekt werden zu lassen. Auf der Vulkanwerft erstrebten die Schiffsbauer seit längerer Zeit die Regelung der Akkordlöhne. Als der „Imperator“ noch nicht fertig war, versprach die Werftleitung, die Akkordlöhne zu regeln, sobald der „Imperator“ rechtzeitig fertig werden würde. Der „Imperator“ wurde auch rechtzeitig fertig, aber die Regelung der Akkordlöhne zeigte sich in einer Verschlechterung der Lohnsätze. Inzwischen wurden auf der Vulkanwerft die Verhandlungen fortgeführt, aber es kam dabei nichts für die Arbeiter Wertvolles heraus, und während in der Zeit solcher Verhandlungen sonst ein Waffenstillstand herrscht, provozierte die Leitung der Vulkanwerft die Werftarbeiter durch Entlassung von Arbeitern und andere Verteilung der Arbeiten noch mehr. Montag morgen kam dann ein Trupp Gelber, die in die verschiedenen Betriebe verteilt wurden. Alles das steigerte die Erregung der Arbeiter, und als am Montag vormittag die Arbeitseinstellung bei Blohm u. Voß auf der Vulkanwerft bekannt wurde, schlossen sich diese Arbeiter dem Streik an. Bei der Lohnzahlung am Sonnabend ist die Firma Blohm u. Voß in gleicher Weise agressiv gegen die Arbeiter vorgegangen. Sie hat den Arbeitern wegen der plötzlichen Arbeitseinstellung 2 Mk. vom Lohn als Strafgeld abgezogen. Auf Proteste der Arbeiter hiergegen erklärte sie, sie sei nach der Arbeitsordnung hierzu berechtigt. Ein Streikbrecher-Logierschiff ist bereits bei einem Dock festgemacht worden. Das Schiff ist von der Firma auf vier Wochen versichert, die Werft von Blohm u. Voß scheint sich also auf einen längeren Streik schon einzurichten. In den Kaschemmen der Hafengegend sind bereits Werber auf der Suche nach Arbeitswilligen in Tätigkeit. Nach den Meldungen der Leitungen der freien Gewerkschaften streiken 8638 Metallarbeiter, 850 Holzarbeiter, 850 Transportarbeiter, 660 Fabrikarbeiter und 300 Maschinisten und Heizer. Die Zahl der Streikenden von der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft ist uns nicht bekannt; es dürften aber somit im Höchstfalle 14 000 Arbeiter streiken.

Streikstimmung im Stettiner Freihafen. Seit zwei Jahren unterbreiten die städtischen Arbeiter des Stettiner Freihafens und des Dunzig-Kanals der Stadtverwaltung ihre auf Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse und einer Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Wünsche, ohne bisher ein Entgegenkommen beim Magistrat zu finden. Jetzt treten sie direkt in Verhandlungen mit dem Magistrat ein. Die erste Verhandlung des Arbeiterausschusses mit den Vertretern der Stadtverwaltung machte die Stadtverwaltung zunächst mit den Wünschen der Arbeiter vertraut. Mit den Argumenten, mit denen die Vertreter der Stadt die Arbeiterforderungen ablehnen wollen, konnten sich die Arbeitervertreter unmöglich zufrieden geben. Als die Kommission in den einzelnen Betriebsversammlungen Bericht erstattete und sagen mußte, es sei kein Geld vorhanden zur Befriedigung der doch so gerechten Wünsche, bemächtigte sich der Arbeiter eine große Erregung. Eine Betriebsversammlung der Kranführer, Handwerker und Schuppenarbeiter am Sonntag, dem 20. Juli, die von über 300 städtischen Hafenarbeitern besucht war, beschloß in geheimer Abstimmung mit allen gegen 8 Stimmen, daß, falls die Stadtverwaltung auf ihrem jetzigen Standpunkt stehen bleibe, die Arbeiter zum letzten Mittel, zur Arbeitsniederlegung greifen müßten. Auch die anwesenden Frauen der Arbeiter stimmten dem zu, können sie doch mit dem jetzigen Einkommen des Mannes unmöglich auskommen. Die in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlungen der Hilfsarbeiter am Freihafen und der sonstigen städtischen Betriebe werden zu dieser Angelegenheit ebenfalls Stellung nehmen.

Der zweite Tag des Volksfestes hatte gestern sehr unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Schwere Regenschauern, Gewitter und Hagel taten das möglichste, um den Aufenthalt im Freien recht unangenehm zu gestalten. Das Burgfeld verwandelte sich in einen schwarzbraunen Morast, in dem die Besucher des Festes herumwateten. Viele ließen sich jedoch die gute Laune durch das schlechte Wetter nicht verderben. Der Trubel war in den Abendstunden recht groß und lebhaft. Nach dem Feuerwerk strömte die Menge größtenteils der Stadt zu. Die Wirte, Händler und Aussteller, die Karussells und anderen Unternehmungen dürften bei dem diesjährigen Volksfest kaum auf ihre Rechnung gekommen sein.

In Vertretung. Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit des Senators Possehl und des Regierungsrates Dr. Plessing ist Regierungsrat Dr. Geister zum Zivilvorsitzenden der Obererfatzkommission bestellt worden.

b. **Schöffengericht** vom 22. Juli. Der Unterschlagung hatte sich ein Hausdiener schuldig gemacht. Er sollte vor zwei Jahren einen Anzug zum Schneider bringen. Statt den Auftrag auszuführen verwendete er den Anzug für sich. Er wurde erst jetzt festgenommen und zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. — Vor der Abreise packte der Kellner T. zwei Paar Strümpfe, vier Taschentücher, sowie ein Unterhemd seines Kollegen ein. Als Andenken — wie sich der Jüngling ausdrückte — hieß er auch noch eine Mokkatasse und einen Mokkalöffel, dem Kurhaus Travemünde gehörig, mitgehen. Diese Diebstähle wurden mit 10 Tagen Gefängnis geahndet. — Folgen des Rausches. An der Untertrave sollte ein junger Arbeiter im polizeilichen Notizbuch wegen Unfugs verewigt werden. Als er zur Legitimation sein Arbeitsbuch hinreichte, schlug der Arbeiter H. dieses dem Schutzmann aus der Hand und versuchte ihn zurückzudrängen. Das hatte die Festnahme H.s und seine schließliche Fesselung zur Folge. Obwohl der Angeklagte sich auf den Kernpunkt nicht mehr besinnen kann, 30 Mark wegen Widerstand werden die Erinnerung an den Alkoholrundgang noch einige Zeit wachhalten. — Nimm, was Du brauchen kannst! Diesen Grundsatz befolgten zwei Hausdiener und ein Kutscher, die beim Umzug des Karstadtschen Warenlagers nach der Verkaufshalle tätig waren. Der Angeklagte E. suchte sich Herrlichkeiten im Werte von 52 Mark zusammen, S. für 28 Mark, Sch. begnügte sich mit Werten von 4,30 Mark. Da es sich um Gelegenheitsdiebstähle handelt und die jungen Leute unbestraft sind, kommen sie mit der Hälfte des beantragten Strafmaßes davon: E. erhält 8, S. 2 Wochen, Sch. 1 Woche. — Ein aufgeregter Mann ist der Arbeiter N. in Travemünde. Er kam spät abends von Lübeck zurückgefahren, war auf der Hinfahrt in Dänischburg ausgestiegen und brauchte so für die Reise drei Billette. Auf den Bahnhöfen in Lübeck und Travemünde reklamierte N. deswegen herum, in Travemünde machte er dem Beamten fünf viertel Stunden zu schaffen, bis ein gewaltsamer Hinauswurf um Mitternacht herum dem Räsonnieren ein Ende machte. Das brachte N. noch einen auf 2 Wochen Gefängnis lautenden Strafbefehl ein, gegen den N. Einspruch erhebt. Er habe einen schweren Unfall durchgemacht und könne seit dieser Zeit keinen Widerspruch erdulden, der ihn leicht zu Wutanfällen reize. Das Gericht berücksichtigte die mangelnde Einsicht N.s und setzte eine Geldstrafe auf 40 Mark oder 10 Tage Gefängnis fest.

Wegen des Baues einer Bahn Schwartau—Neustadt ist ein Staatsvertrag zwischen Oldenburg und Preußen festgelegt und wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Mit den Bauarbeiten soll sofort begonnen werden. Das Fürstentum Lübeck hat nur den Grund und Boden für die Bahnlinie gratis herzugeben, wobei es von Lübeck noch einen Zuschuß von 80 000 Mk. zu den Kosten des Grund und Bodens erhält. Durch die neue Bahnlinie erhalten die Badeorte Timmendorfer Strand, Scharbeutz und Hafftrug Anschluß an das Bahnnetz.

Seinen schweren Verletzungen erlegen ist am Sonntag das 22jährige Dienstmädchen Emma Hitze, dessen Kleider beim Haarbrennen Feuer fingen und das am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitt.

---

h. **Neusefeld.** Eingriff in die schon stark beschränkte Selbstverwaltung der Gemeinden. In der Gemeinderatssitzung am 19. ds. Mts. stand die Regierungsverfügung betr. Ankauf des Benthienschen Grund-

stücks und Aufstellung eines Bauplans für Schulräume zur Beratung. Wie erinnerlich, faßte der Gemeinderat im Herbst 1911 den Beschluß, das Capellsche Tannenareal zwecks Errichtung einer neuen Volksschule käuflich zu erwerben. Der agrarische Bürgerverein legte gegen diesen Beschluß mehrmals Protest ein und endlich nach nahezu 2 Jahren hat die Regierung das neue Schulgesetz so studiert, und herausgefunden, daß sie Schulwege von über 2½ Kilometer ihre Genehmigung versagen kann. Hiervon hat nun die Regierung Gebrauch gemacht und zugleich verfügt, das Nachbargrundstück der Schule anzukaufen. Der Gemeinderat verwahrte sich aber gegen diese Bevormundung, indem die Gemeindeordnung die Erwerbung und Veräußerung von Grundstücken nach Art. 22 der Gemeindevertretung zuspricht. Der Regierung steht nur insofern ein Hoheitsrecht zu, als sie nach Art. 56 d. G.-O. die Genehmigung der Anleihe versagen kann. Da nun der Gemeinderat nicht schlüssig war, ob hiergegen Klage beim Verwaltungsgericht oder Beschwerde am Ministerium, welche innerhalb 7 Tagen zu erfolgen hat, einzureichen sei, so wurde beides beschlossen. Ferner wurde der Gemeindevorsteher beauftragt, bei dem Kirchenrate anzufragen, ob und zu welchem Preise der Hinterhof der Organistei zu erwerben sei, da die Baufront auf dem Benthienschen Grundstück zur Aufführung eines Schulhauses zu kurz ist. Zugleich soll bei der Regierung angefragt werden, ob sie ihre Genehmigung erteilen wird. Bei Beratung über die Aufstellung eines Bauplanes, der bis zum 1. August d. J. an die Regierung zu gelangen ist, wiesen unsere Genossen auf die Undurchführbarkeit dieser Forderung hin. Wer weiß, wie schwierig es ist, Baupläne aufstellen und berechnen zu lassen, der wird die Bewältigung dieser Materie in dieser Frist für ein Unding erklären. Ob nun die Regierung die Gemeindevertretung überrumpeln will mit dieser Forderung, oder ob ihre kommunalpolitische Einsicht versagt, ist nicht festzustellen. Im ersten Falle wäre ihr anzuraten, Rensefeld aus ihrer Adressenliste zu streichen. Die Ausführung der Aufforderung ist auch insofern undurchführbar, als die Vertretung noch keine Antwort von der Regierung erhalten hat, ob ihr Beschluß — Bau eines zehnklassigen Schulhauses — genehmigt ist, oder nicht. Es soll auch dieserhalb bei der Regierung angefragt werden. Mitgeteilt wurde, das die Straßenchaussierung Herrn Tiede übertragen sei. Die Anleihe von 4090 ℳ wurde in 2. Lesung genehmigt. Die dazu nötigen Steuern sollen durch Umlage gedeckt werden.

Hamburg. Genosse Harro Köhncke †. Wieder ist einer unserer alten Freunde dahin gegangen, von dannen es keine Wiederkehr gibt. Einer der Alten, wenn er auch öffentlich für die Sozialdemokratie nur eine verhältnismäßig kurze Zeit tätig war. Am heutigen Montag vormittag ist Harro Köhncke im 68. Lebensjahre gestorben. Er war am 26. Januar 1846 in Dazendorf bei Heiligenhafen geboren und kam in der ersten Hälfte der siebziger Jahre als Volksschullehrer nach Hamburg. Bis zu seiner im Jahre 1906 erfolgten Pensionierung gehörte er dem hamburgischen Schuldienste an. Er nahm es nicht nur mit seinen Pflichten als Lehrer gegenüber den Kindern sehr ernst, sondern wurde auch bald, wie das seiner energischen Natur entsprach, ein Vorkämpfer der Lehrerschaft Hamburgs für ihre geistigen sowohl wie für ihre materiellen Interessen und ebenso für den gesunden und freiheitlichen Ausbau unseres Schulwesens. Der nun Verstorbene hat der Sozialdemokratie schon lange nahe gestanden, ohne daß er als Lehrer öffentlich für sie wirken konnte; er hätte damit bei den heute noch in den leitenden Kreisen Hamburgs herrschenden Auffassungen seinen ihm lieben Lehrerberuf aufs Spiel gesetzt. Als er aber durch die Pensionierung frei geworden war, nahm er sofort regen Anteil an der Parteitätigkeit, und hat in den Jahren seitdem besonders auf dem Gebiete der Schulfragen im Parteiinteresse eine rege agitatorische Tätigkeit entfaltet, bis ihn zunehmende Kränklichkeit daran hinderte. Zu den Bürgerschaftswahlen von 1907, den ersten, die nach dem Verhältniswahlsystem auf Grund des ungerechten Klassenwahlrechts stattfanden, wurde auch Köhncke von der Sozialdemokratie Hamburgs als Kandidat aufgestellt und er gehörte zu den Gewählten. Naturgemäß wandte sich auch in der Bürgerschaft sein Hauptinteresse den Schulfragen zu und vielfach ist er in solchen der Wortführer unserer Fraktion gewesen. Alle, die Gelegenheit hatten, dem Genossen Köhncke näher zu treten, werden ihn auch nach seinem Scheiden als tatkräftigen Vorkämpfer für die Interessen der Menschheit ehren. — Ein Hamburger Segler überfällig. Das auf einer Reise von Talcahuano nach Mexillones bestimmte Hamburger Vollschiff „Klio", Kapitän L. Müller, ist stark überfällig. Das Schiff hat den genannten Hafen am 12. Mai verlassen und hätte bei einer normalen Reise nach höchstens zehn Tagen in Mexillones eintreffen müssen. Man muß also wohl leider annehmen, daß der Segler auf der kurzen Reise mit samt der Mannschaft verloren gegangen ist. Die am 29. September von Hamburg nach Santos abgegangene „Klio" traf am 14. November an ihrem Bestimmungsort ein und ging am 30. Dezember von dort nach Newcastle NSW. ab, welcher Hafen am 3. März d. J. wieder verlassen wurde, und zwar mit der Bestimmung nach Talcahuano. Dort wurde ein Teil der aus Kohlen bestehenden Ladung gelöscht, und das Schiff ging am 12. Mai nach Mexillones ab. Auf der Reise dorthin ist der Segler dann verschollen. — Verhafteter Mädchenhändler. Montag nachmittag wurde auf Veranlassung des jüdischen Auswanderer-komitees ein berüchtigter Mädchenhändler, der Russe Aron Jakulowitsch, verhaftet. Er wollte eine 21jährige bildhübsche Landsmännin, Perla Schulmann, nach Südamerika verschleppen und zur Reise den zur Abfahrt bereitliegenden Dampfer „Cap Blanco" benutzen.

Hamburg. Mord und Selbstmord. Der Arbeiter Paulohn hat in vorletzter Nacht in seiner Wohnung Bäckergang Nr. 28 Hinterhaus sein zweijähriges Kind und dann sich selbst erschossen. Als der Einlogierer nach Hause kam, verspürte er Brandgeruch und benachrichtigte einen Schutzmann, der die Schlafstubentür öffnen ließ. Das Kind lag tot im Bett und die Leiche des Vaters daneben. Die Tat war mit einem 12 Millimeter-Revolver ausgeführt worden, und durch den Schuß auf das Kind war das Bett in Brand geraten. Es glimmte noch, als man in das Zimmer eindrang. Zerrüttete Familienverhältnisse sind die Ursache der unseligen Tat. Die Frau lebte von ihrem Manne getrennt und das Kind sollte dem Vater genommen werden. Das glaubte er nicht ertragen zu können. — Schweres Bootsunglück. Bei Entenwärder ist am Montag der Handkahn des Kahnes Nr. 1099 gegen das Ruder des Kahnes „Georg Placke" gelaufen und gekentert. Hierbei ertranken der Schiffseigner Ernst Engermann sowie der Bootsmann Hermann Born nebst Frau. Der Bootsmann O. Müller konnte gerettet werden.

Neuhaus a. d. Oste. Beim Segeln ertrunken. Sonntag mittag kenterten auf der Oste zwei Segelboote. Vier von den sechs Insassen konnten sich retten, der Konditor Zent und der Katasterbeamte Witt aus Neuhaus ertranken.

Tönning. Großfeuer. In der Nacht zum Freitag ist unsere Stadt schon wieder von einem Großfeuer heimgesucht worden; nachts um 2 Uhr stand plötzlich das am Markt Nr. 10 zwischen Hotel Prinz Heinrich und dem Landratsamt belegene Geschäftshaus der Firma Johs. Ancher Ww. in Flammen. Das Haus brannte bis auf den Grund nieder, das Feuer fand reichliche Nahrung in dem dort befindlichen Warenlager der Firma. Die Feuerwehr konnte nur mit größter Anstrengung das Landratsamt retten, welches stark vom Feuer gelitten hat. Die Entstehungsursache ist bisher nicht festgestellt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Boy,
Fischhandlung,
nur Markt-
hallenstand 46.
Mittwoch frisch eintreffend:
Seelachs, Kabeljau, Rotzungen, Goldbutt, Fischkarbonade. (5625

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (184

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck

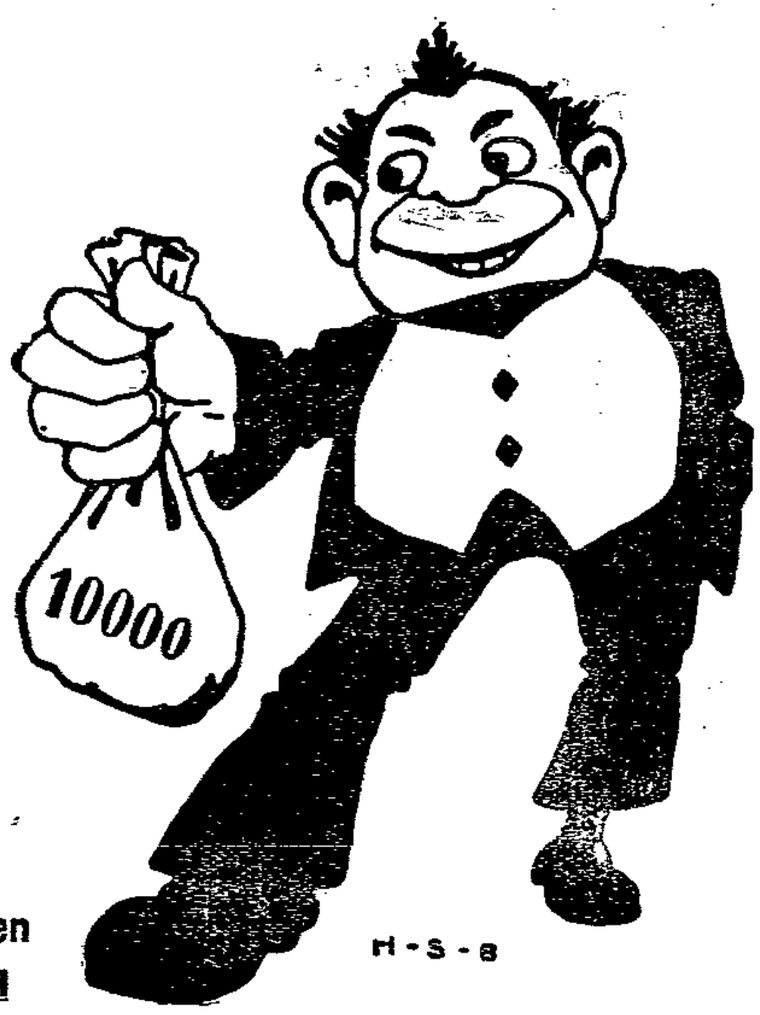
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 23. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Aufnahme neuer Mitglieder.
Abrechnung vom 2. Quartal 1913.
Wahl eines Hilfskomitees zum Sommervergnügen.
Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ersucht
Die **Ortsverwaltung.**

Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.

Vertrauensmänner-Versammlung
am Mittwoch, dem 23. Juli
abends 8¼ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
Die Vertrauensmänner müssen pünktlich erscheinen.
(30) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Versammlung
sämtlicher bei
den Holzspedition beschäftigten Arbeiter
am Mittwoch, dem 23. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Der **Vorstand.**

Wollen wir wetten?



Eckstein-Cigaretten sind die besten!

Eckstein's **DA CAPO**-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfrei!)
Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter.

5624

Zur Einführung bis Ende 1914 gegen Gutscheine v. 5 Pfd. 3 neusilb. Teelöffel usw., 10 Pfd. 1 Paar la. Solinger Messer u. Gabel od. 3 neusilb. Eßlöffel usw. (220
Schumann & Wille, Wittenberge.

Konzerthaus Fünfhausen.
Morgen Mittwoch: **Gr. Tanzkränzchen.**
Freitag: **Grosses Tanzkränzchen.** (5635

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarten —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:

Gasthof Kl.-Mühlen
Sonntag, den 27. Juli:
Großes Tanzkränzchen
des Arbeiter-Familienvereins „Frohsinn".
Mitglieder frei. Nichtmitglieder 50 ₰
Es ladet freundlichst ein
5621) **Otto Evers.**

Eutin.
Das diesjährige
Gewerkschaftsfest
findet
am 10. August
statt. (5632
Das Gewerkschaftskartell.

Achtung!
Flußschiffer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 23. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Zahlreiches Erscheinen wünscht
5627) **Der Vorstand.**

Chorverein Lübeck.
General-Versammlung
am Mittwoch, dem 23. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Vogelschießen.
3. Verschiedenes.
5492) **Der Vorstand.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Mittwoch, den 23. Juli:
Der Operettenschlager:
FILMZAUBER.
Erlebte am Berliner Theater das seltene Jubiläum der 275. Aufführung
Donnerstag, den 24. Juli:
Der Raub der Sabinerinnen.
Striese — Ernst Albert.
Freitag, den 25. Juli:
Neu einstudiert:
Der weltbekannte Possenschlager: Polnische Wirtschaft.
5631) Anfang stets 8¼ Uhr. A

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 169. Dienstag, den 22. Juli 1913. 20. Jahrg.

An die Parteigenossen im Agitationsbezirk Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck.

Vom Kieler Parteitag wurde Flensburg als Tagungsort des diesjährigen Bezirks-Parteitages bestimmt. Der Bezirksvorstand beschloß deshalb, den

Bezirks-Parteitag

am Sonntag, dem 3. und Montag, dem 4. August, zu Flensburg im „Gewerkschaftshaus", Schloßstraße 44/46, stattfinden zu lassen. Die Eröffnung des Parteitages wird am erstgenannten Tage, vormittags 11½ Uhr, erfolgen. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Tagesordnung und Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission.
2. Bericht des Bezirksvorstandes.
3. Etatsberatung.
4. Bericht über die Presse.
5. Der Parteitag in Jena.
6. Unsere Bildungsarbeit.
7. Rückblick auf die Landtagswahl.
8. Anträge und Resolutionen.
9. Bestimmung des Sitzes und Wahl des Vorsitzenden des Bezirksvorstandes.
10. Bestimmung des Sitzes der Preßkommission und des Tagungsortes für den nächsten Bezirksparteitag.

Die Wahlen der Delegierten regeln sich nach § 5 unseres Organisationsstatuts.

Die Delegierten werden ersucht, dem Bezirksvorstand sowie dem Lokalkomitee, dessen Adresse lautet:

Wilh. Haberlandt, Flensburg, Duburgerstraße 23,

von ihrer Wahl rechtzeitig Mitteilung zu machen. Material und Mandatsformular wird nach erfolgter Meldung den Delegierten von hier zugestellt.

Altona, Adolfstraße 29, den 30. Mai 1913.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Fr. Barteis.

Vom Staat.

Der Staat ist etwas Absolutes. Seine Formen wechseln; er ist je nachdem: absolutistisch, konstitutionell, demokratisch. Immer aber steht der Staat über den Interessen der Parteien, immer wirkt er für das Allgemeinwohl des Volkes. So denken heute noch viele Leute. Wie sehr sie im Irrtum befangen sind, das werden die folgenden Darlegungen beweisen.

Der absolutistische Staat der Feudalzeit gilt als Ausdruck des Gottesgnadentums. Der Staat ist etwas Heiliges, Unantastbares. An der Spitze steht ein Gottgesandter, ein Instrument des Himmels. Die Untertanen tief unten haben sich den unerforschlichen Ratschlüssen der wenigen Auserwählten, die oben regieren, zu fügen.

Das aufkommende Bürgertum kann mit dem Gottesgnadentum wenig anfangen. Zur freien Entfaltung des Kapitalismus braucht es Teilnahme und Mitbestimmungsrecht an allen Einrichtungen des Staates. Die engen Schranken der absolutistischen Regierungsweise müssen beseitigt werden. Die umwälzenden Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens entfesseln zahlreiche neue Kräfte, die die feudalistische Staatsform sprengen und die Bourgeoisie zwingen, sich durch eine konstitutionelle Verfassung das Recht zum Mitregieren zu erzwingen. Der Spuk vom absolutistischen Gottesgnadentum wandert in die Rumpelkammer. Im Kampfe der Bourgeoisie gegen den Feudalismus steht das ganze Volk hinter dem revolutionären Bürgertum. Die moderne Klassenscheidung ist noch nicht mit voller Schärfe wirksam. Das Proletariat ist noch keine selbständige Bewegung, es verspritzt sein Blut auf den Barrikaden für den Sieg des Kapitalismus. Das ganze Volk erwartet von diesem Sieg die endgültige Befreiung aus Unterdrückung und Not. Das von der Bourgeoisie mit Hilfe des ganzen Volkes erkämpfte Parlament steht mit dem Volke gegen den Absolutismus. In Frankreich werden die Gottgesandten kurzerhand zur Hölle geschickt. Mit dem Absolutismus wird völlig aufgeräumt und die kapitalistisch-demokratische Republik errichtet. In Amerika, wo keine kleinbürgerlichen Traditionen vorhanden sind, ersteht die kapitalistische Republik in ihrer klassischsten Form. In England leistet man sich den Luxus, neben dem parlamentarischen Regime die Monarchie als Firmschild beizubehalten. In Deutschland besteht ein Kompromiß zwischen Absolutismus und Konstitutionalismus. Am klarsten kommt das in Preußen zum Ausdruck. Die Bourgeoisie ist in Deutschland auf ihrem Vormarsch zur völligen Demokratie erschreckt stehen geblieben. Der aufblühende Kapitalismus hat ein proletarisches Riesenheer geschaffen, das täglich sozialistischer wird und das den Kampf selbständig auf der ganzen Linie gegen den Kapitalismus führt. Die Bourgeoisie ist zur herrschenden Klasse geworden. Die staatlichen Einrichtungen sind nicht wirksam, um das Allgemeinwohl zu fördern, sondern um die Macht und die Herrschaft der Bourgeoisie zu befestigen und zu erweitern.

Das Parlament ist zunächst die Vertretung des Volkes, das Kampfmittel gegen den Feudalismus, gewesen. Und zwar, als die Bourgeoisie noch nicht in den stärksten Mahlstrom der kapitalistischen Produktionsweise hineingerissen war. Dann aber ist die Klassenbildung und Klassenscheidung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer stärker und krasser geworden. Der Großkapitalismus mit seinen gewaltigen wirtschaftlichen Organisationen vernichtet immer mehr kleinbürgerliche Existenzen. Die Proletarier werden immer zahlreicher. In Deutschland sind bereits 60 bis 70 Proz. der Bevölkerung Proletarier. Die tiefgehende wirtschaftliche Umwälzung wirkt wie ein gewaltiges gesellschaftliches Erdbeben und droht die jetzt ebenfalls wieder überlebte kapitalistische Staatsform in die Luft zu sprengen. Das Parlament ist längst nicht mehr eine Vertretung des Volkes. Im Parlament stehen sich die Vertreter der verschiedenen Klassen gegenüber, sie kämpfen als Vertreter ihrer Klassen für die Interessen ihrer Klassen. In einem aber unterscheiden sich die Vertreter aller bürgerlichen Klassen von denen der Sozialdemokratie. Die Kämpfe der bürgerlichen Klassen drehen sich im Grunde um das Maß der Beteiligung bei der Verteilung des Mehrwerts. Alle wollen jedoch an der bestehenden Gesellschaftsordnung, an der jetzigen Staatsform, an dem Staate selbst festhalten. Im kapitalistischen Staate erblicken sie die beste Schutzwehr gegen das unzufriedene Proletariat. Die Polizei ist ein zweites stehendes Heer gegen die Gewerkschaften. Die Justiz ist als Klassenjustiz gegen die Unterdrückten längst erkannt. Die Volksschule ist die Klassenschule für die Armen, denen durch diese Schule nur die für den Arbeitsprozeß nötige geistige Verkrüppelung zuteil werden darf. Die höhere Schule ist die Klassenschule der Reichen, die dort eine besondere Bildung erhalten. Wissenschaft, Kunst und Bildung sind die Monopole der kapitalistischen Klasse. Die Kirche muß dem Volke die Religion erhalten. Die Bureaukratie besorgt alle Verwaltungsgeschäfte im Sinne der Herrschenden. Sämtliche staatlichen Einrichtungen werden vom Parlament geregelt, und wie diese Regelung erfolgt, darüber bestimmen die wirtschaftlichen Machtfaktoren, die hinter der geschriebenen Verfassung stehen.

Gewiß mögen viele Parlamentarier davon überzeugt sein, daß sie im Parlament über Parteiinteressen hinweg für das Wohl des ganzen Volkes wirken. Diese Überzeugung ist aber trügerisch. In Wirklichkeit glaubt jeder, was seiner Klasse nützt, nützt der Allgemeinheit. Jeder versucht die anderen niederzuringen und alle Gesetze nach den Bedürfnissen seiner Klasse zu gestalten. So spielt sich auch im Parlament der nackte Klassenkampf ab. Nur entscheiden nicht die parlamentarischen Parteien über Sieg und Niederlage, sondern die wirtschaftlichen Klassen draußen im Lande. Die Klasse, die die herrschende ist, beherrscht das Parlament, das heißt die ganze Gesetzgebung. Die Konzessionen, die die herrschende Klasse der anderen Klasse macht, sollen ebenfalls nur zur Befestigung der Herrschaft dienen. Einmal hofft man damit Zufriedene zu schaffen und diese mit den bestehenden Zuständen auszusöhnen und zweitens liegt es auch im Interesse der Herrschenden, die schlimmsten Schäden abzustellen, damit die Gesellschaft durch die allgemeine Verelendung nicht in ihrem Fortbestand bedroht wird.

Die Sozialdemokratie benutzt das Parlament als Mittel gegen die allgemeine Verelendung. Sie bekämpft das Parlament gleichzeitig und strebt dahin, es völlig zu beseitigen und die Regierung des Volkes durch das Volk einzuführen. Das ist aber erst möglich, wenn der Staat durch die soziale Revolution in die sozialistische Gesellschaft umgewandelt ist. Erst muß jede Klassenherrschaft ein Ende haben. Darum lehnt die Sozialdemokratie auch den Begriff Staat ab. Die Gesellschaft findet im Gegensatz zum Staat keinen festen, umgrenzten Abschluß, sie reicht über Staatsgrenzen hinaus. „Eine Gesellschaft ist ein Kreis von Personen, deren materielle und geistige Beziehungen zu einander unter dem Einfluß der sich aus gleichwertigen ökonomischen Lebensformen ergebenden Wechselwirkungen des menschlichen Trieblebens stehen."

Jeder Sozialdemokrat hat die Pflicht, sich über den Begriff und über das Wesen des Staates genau zu unterrichten. Nur dann kann er wirksam und in richtiger Weise für die proletarische Befreiung eintreten. Wir lassen deshalb noch einige kurze Darlegungen über den Ursprung und die Entwicklung des Staates folgen. Denn wenn wir das Wesen des Staates erkennen wollen, müssen wir vor allen Dingen seine Entstehung und seine Geschichte kennen. Unsere skizzenhaften Darlegungen bitten wir als Anregungen zum tieferen Studium aufzufassen.

Schon lange vor unserer Zeitrechnung wurden die Fragen gestellt: Was ist der Staat? Wie ist das Verhältnis des einzelnen zum Staat? Es bestehen in der Hauptsache zwei Staatstheorien. Die eine — zu deren Vertreter Aristoteles, Thomas von Aquino, Rousseau, Kant gehören — geht davon aus, daß die Menschen anfänglich als Ein-

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

36. Fortsetzung) (Nachdruck verboten.)

„O, Gott . . . das Kind wird mich wiedererkennen!" raunte ihm Lemor zu, als er Eduard bemerkte, der den Armen der Müllerin entschlüpft war und jetzt auf Händen und Füßen die steile Treppe der Mühle heraufkletterte.

„Er hat Sie schon gesehen," antwortete der Müller. „Verstecken Sie sich nicht — tun Sie, als wüßten Sie von nichts. Es ist nicht sicher, daß er Sie wiedererkennt — so wie Sie jetzt ausstaffiert sind."

In der Tat — Eduard blieb ungewiß und bestürzt stehen. In dem ganzen Monat, nachdem Marcella Montmorency plötzlich verlassen, um zu ihrem sterbenden Gatten zu eilen, hatte ihr Sohn Lemor nicht wiedergesehen, und in dem Gedächtnis eines so jungen Kindes ist ein Monat schon eine Ewigkeit. Und doch hatten sich die Fähigkeiten dieses Knaben ausnahmsweise früh entwickelt. Aber ohne Bart, das Gesicht mit Mehl bestäubt und mit einem bäuerlichen Kittel bekleidet, war Lemor nur schwer wiederzuerkennen. Für eine Minute war Eduard bei seinem Anblick wie versteinert. Doch als er dem strengen und kalten Blicke des Freundes begegnete, der sonst stets mit offenen Armen auf ihn zueilte, schlug er verlegen und fast furchtsam die Augen nieder — ein Gefühl, das bei Kindern fast stets mit Verwunderung vermischt ist. Dann näherte er sich dem Müller und fragte mit der ernsten nachdenklichen Miene, die man oft bei ihm gewahrte:

„Was ist das für ein Mann?"

„Das . . .? Mein Müllerbursche. Anton heißt er."

„Du hast wohl zwei?"

„O . . . . ich habe sie dutzendweise, die Burschen! Dieser ist Schaufel Numero 2."

„Und Hannes ist Schaufel Numero 3?"

„Wie du sagst, mein Junge."

„Ist er böse — dein Anton?"

„Nein, nein! Aber er ist ein bißchen dumm, ein bißchen taub und spielt nicht gern mit Kindern."

„Dann gehe ich und spiele mit Hannes!" sagte Eduard, und entfernte sich ahnungslos — mit vier Jahren weiß man noch nicht, was es bedeutet, getäuscht zu werden, und das Wort derer, die man liebt, hat eine größere Macht über den Geist als das Zeugnis der Sinne.

Man trug das Getreide auf den Mahlgang, das der Müller noch am selben Abend in Mehl verwandeln sollte. Es gehörte Herrn Brikolin — die beiden Säcke trugen zwei große Anfangsbuchstaben.

„Sehen Sie nur hier," sagte Ludwig diesmal mit einem bitteren Lächeln, „Brikolin von Blanchemont, wie Herr Brikolin, der auf Blanchemont wohnt, lesen würde. Aber wenn er das Gut gekauft hat, wird er noch ein B. zwischen die beiden andern setzen müssen, denn dann soll es heißen: Brikolin, Baron von Blanchémont."

„Wie . . ." fragte Lemor, mit anderen Gedanken beschäftigt, „das ist Getreide von Blanchemont?"

„Jawohl," antwortete der Müller, der seine Gedanken erriet, noch bevor er sie ausgesprochen, „es ist Getreide, das wir in Mehl verwandeln . . . aus dem das Brot gebacken wird . . . das Frau Marcella und Fräulein Rosa essen werden. Es heißt, Rosa sei zu reich, um einen Mann wie mich zu heiraten — dennoch liefere ich ihr das Brot, das sie verzehrt."

„So arbeiten wir also für sie!" entgegnete Lemor.

„Ja, ja, mein Junge. Achtung auf den Befehl! Es darf nichts lässig gemacht werden. Teufel auch . . . . ich würde für nichts und wider nichts arbeiten, wenn ich nicht bei der Sache wäre."

Dieser in den Gewohnheiten der Mühle ganz ungewöhnliche Umstand erschien dem jungen Pariser romanhaft und fast poetisch, und er begann dem Müller so eifrig und aufmerksam zur Hand zu gehen, daß er nach Verlauf von zwei Stunden mit dem Handwerk völlig auf dem laufenden war. Es fiel ihm nicht schwer, sich mit dem einfachen und äußerst dürftigen Mechanismus der Mühle vertraut zu machen. Er dachte Verbesserungen aus, die mit einer geringen Summe baren Geldes — diese dem Bauern verbotene Frucht — an der ländlichen Maschine angebracht werden könnten. Bald hatte er die technischen Namen eines jeden Teiles in der Bauernsprache erlernt. Als Hannes ihn so tätig und von seinem Herrn so gut behandelt sah, wurde er ein wenig unruhig und eifersüchtig. Aber als Ludwig ihm zur Vorsicht mitgeteilt, der Pariser sei nur vorübergehend da und würde ihn, Hannes, keineswegs von seinem Platz verdrängen, beruhigte er sich und konnte sich sogar entschließen, einem eifrigen Kollegen für einige Tage einen Teil seiner Arbeit abzutreten.

So nützte er denn die Gelegenheit gleich aus und brachte Eduard nach Blanchemont — er langweilte sich schon und wurde ängstlich, so lange von seiner Mutter getrennt zu sein. Es wollte der Müllerin nicht mehr gelingen, ihn zu beruhigen, und da das kleine Annchen hergekommen, um ihn abzuholen, war Hannes nicht böse, seine junge Freundin aufs Schloß begleiten zu müssen.

Die Stirn in Schweiß gebadet und mit lebensprühendem Antlitz fühlte sich Lemor nach beendeter Arbeit körperlich gewandter und geistig willenskräftiger, als er es seit langem gewesen. Die endlosen Träumereien, die seine Jugend verzehrten, wichen jenem physischen und moralischen Wohlbefinden, das die Natur dem Menschen nach erfüllter Arbeit verleiht, wenn er sich ihres Zwecks bewußt und die Ermüdung seinen Kräften angemessen ist.

„O Freund!" rief er aus, „die Arbeit ist schön . . . und heilig durch sich selbst. Sie hatten recht, es beim Anfang zu sagen. Die Natur legt sie dem Menschen auf . . . und segnet sie. Es schien mir süß, für den Unterhalt meiner Geliebten zu arbeiten. O, wieviel süßer würde es noch sein, zugleich für eine einzige große Familie von gleichen Schwestern und Brüdern zu arbeiten! . . . Wenn einer für alle arbeitete und alle für einen tätig wären — wie leicht müßte die Ermüdung, wie schön das Leben sein . . ."

„Ja . . . und in diesem Falle wäre mein Handwerk eins der reizendsten!" sagte der Müller mit einem ausdrucksvollen Lächeln. „Der Ährenhalm ist die edelste aller Pflanzen . . . das Brot das reinste aller Nahrungsmittel. Meine Tätigkeit würde sehr wohl einige Achtung verdienen, und an Festtagen würde man der armen Großen Luise, die jetzt niemand beachtet, wohl eine Krone von Ähren und blauen Kornblumen um den Kopf winden können. Aber was wollen Sie? Heutzutage, wie Herr Brikolin sagt, bin ich nur ein von ihm angestellter Lohnarbeiter, und wenn er an mich denkt, sagt er sich: „So ein Mensch will meine Tochter haben! . . . Ein Elender, der nur das Getreide mahlt, während ich das Korn säe und mir der Boden gehört!" Und dennoch — sehen Sie den Unterschied! Meine Hände sind sauberer als die seinen, die im Unrat herumrühren . . . . . Na, mein Junge, die Arbeit ist getan. Lassen Sie uns die Suppe essen. Ich wette, Sie finden sie besser als heute morgen, selbst wenn sie auch zehnmal mehr versalzen wäre . . . und dann werde ich diese beiden Säcke nach Blanchemont bringen."

„Ohne mich?"

„O . . . gewiß! Sie haben wohl Lust, sich auf dem Gut sehen zu lassen?"

„Niemand kennt mich dort."

„Es ist wahr. Aber was wollen Sie dort tun?"

„Nichts . . . . ich helfe Ihnen die Säcke abladen."

„Und was werden Sie damit erreichen?"

„Vielleicht sehe ich jemand über den Hof gehen."

„Und wenn dieser jemand sich nicht zeigt?"

zelwesen lebten. In den Menschen steckte aber ein gesellschaftlicher Trieb. Aus diesem Trieb heraus entstanden Vereinigungen, die für ihr Zusammenleben bestimmte Regeln brauchten. Die Menschen schlossen Verträge und so entstanden Staaten. Die Vereinigung von Mann und Frau und Sklave ist, nach Aristoteles, als Ursprung des Staates anzusehen. Thomas von Aquino spricht vom Einzelmenschen, dem von Gott ein Geselligkeitsgefühl eingepflanzt worden ist. Dieses Gefühl führt die Menschen zusammen. Bei Kant finden wir die Theorie der organischen Staatslehre: vom Einzelmenschen zur Vereinigung von Mann und Weib, zur Familie, zur Großfamilie, zum Stamm, zum Volk, bis endlich der Staat da war. Diese Theorie ist heute im wesentlichen überwunden.

Die neue Staatstheorie, die sich mehr und mehr siegreich durchsetzt, findet schon im 18. Jahrhundert in Gottfried Herder einen namhaften Vertreter. Er verwirft die Annahme, daß der Staat durch Zusammenschluß von Völkern und Abschluß eines Vertrages entstanden ist. Er geht von der durch viele Tatsachen als richtig bestätigten Ansicht aus, daß die Menschen von jeher in Gruppen oder Horden zusammen lebten. Auf bestimmter Kulturstufe wird eine Horde von einer anderen unterworfen und durch Siege und Eroberungen sind Staaten entstanden. Im allgemeinen hat Herder recht. Morgan, Marx und Engels haben die neue Theorie ausgebaut und weiter geführt.

Die Geschichte lehrt, daß der Staat durch Eroberungen und Unterwerfungen allerlei Art, durch kriegerische und friedliche, entstanden ist. Nicht jede Eroberung führt zu einer Staatsbildung. Auf niederer Kulturstufe bringt die Eroberung: Totschlag, Raub und Verdrängung aus dem Jagdgebiet. Erst auf höherer Kulturstufe erzeugt die Eroberung eine Staatsbildung. Auf diese Weise ist zum Beispiel das Inkareich entstanden. Siegreiche Stämme zwangen die Unterjochten, Abgaben zu leisten. Zur Regelung der Abgaben, zur Verwaltung und zur Befestigung der Herrschaft der Sieger sind bestimmte Verwalter oder Beamte erforderlich. Festungen werden errichtet und mit Soldaten belegt. Die Verwaltung braucht eine Zentralleitung. Heerstraßen werden gebaut, eine Post — Läufer — eingerichtet, die nur der Regierung zur Verfügung steht. Genosse Heinrich Cunow hat über die soziale Verfassung des Inkareichs eine sehr beachtenswerte Schrift herausgegeben, die wir zum Studium empfehlen.

In Morgans Urgesellschaft finden wir ausführliches Material über die Einführung der griechischen politischen Gesellschaft. Im 8. und 7. Jahrhundert überlebte sich die Gentilverfassung. Es bildeten sich politische Verwaltungs- und andere Behörden. Unaufhörliche Kriege wirken auf die Entwicklung der Sklaverei. Kriegsgefangene werden zu Sklaven gemacht. Die ursprüngliche Großfamilie löst sich auf. Durch Vererbung zersplittert sich der Besitz. Verarmte verpfänden ihren Besitz an Reiche und werden Schuldsklaven. Die Schuldsklaven stehen zwar nicht so tief wie die Kriegsgefangenen, sie werden aber nichtsdestoweniger ebenfalls in unerhörter Art ausgebeutet. Im 7. Jahrhundert sind folgende drei Klassen vorhanden: die Partei der Ebenen, Großgrundbesitzer, die Eigentümer der fruchtbaren Ebenen; die Partei der Küste, Handwerker und Kaufleute; die Partei des Gebirges, Kleinbauern und Lohnarbeiter der Städte. Klassenbildungen führen zu Klassenkämpfen und die herrschende Klasse schafft sich im Staate ihre Organisation.

Diese Hinweise auf den Ursprung des Staates mögen genügen. Wer sich unterrichten will, findet gutes Material auch in den unten genannten Schriften.*

Die Entwicklung des Staates zur Gesellschaft kommt nicht rein mechanisch, nicht von selbst. Die sozialistische Gesellschaft ist eine höhere Kulturstufe als der Staat. Sie kann nur erreicht werden, wenn die Entwicklung von dem bewußten Willen einer Macht in die aufsteigende Bahn gedrängt wird. Diese Macht ist das klassenbewußte Proletariat. Es studiert die Gesetze der allgemeinen Entwicklung nach der Methode der materialistischen Geschichtsauffassung, es erkennt so die wirksamen Gesetze der Entwicklung und richtet dementsprechend sein Handeln ein. Klares Handeln setzt klares Denken voraus. Wir müssen deshalb restlos mit der bürgerlichen Ideologie auch über den Begriff Staat aufräumen und erkennen, daß der Staat eine historische Erscheinung ist. So wie er aufgekommen ist, wird er wieder verschwinden, wenn seine Zeit erfüllt ist.

* Aristoteles: Politik — Verfassung von Athen. Morgan: Die Urgesellschaft. Georg Adler: Sozialreform. Engels: Ursprung der Familie — Anti-Düring. Kautsky: Vorläufer des Sozialismus — Ursprung des Christentums. Cunow: Die soziale Verfassung des Inkareichs.

Aus der Partei.

Der **elsaß-lothringische Parteitag.** In dem kleinen Vogesenstädtchen Schlettstadt tagte Sonnabend und Sonntag der diesjährige Parteitag der Elsaß-Lothringischen Sozialdemokratie. Während es vor einigen Jahren noch zu den Unmöglichkeiten gehörte, in dieser klerikalen Stadt sozialdemokratische Parteitage stattfinden zu lassen, ist es dank der rührigen Tätigkeit unserer Genossen gelungen, im vorigen Jahre 2 Gemeinderatssitze zu erobern und im Gemeinderat durchzusetzen, daß der städtische Saal dem Parteitage zur Verfügung gestellt wurde. Als Gäste waren anwesend: Genosse Müller vom Parteivorstand, Genosse Fischer von der württembergischen Organisation, Genosse Körner von der bayerischen und Genosse Linz von der badischen Partei. Im ganzen waren 85 Vertreter erschienen. Am 1. Sitzungsabend erstattete der Parteisekretär Huber und der Kassierer Schmidt den Bericht des Vorstandes. Zahlenmäßig sei, lautete der Bericht, die Mitgliederzahl um 200 zurückgegangen. In Wirklichkeit handele es sich nicht um einen Rückgang der Mitglieder. Die Zahlen resultierten aus einem strengen Abrechnungsmodus. Daß die Partei Fortschritte gemacht hat, geht schon aus dem Zuwachs, den die beiden Parteiblätter erhalten haben, hervor und außerdem aus den Gemeinderatsnachwahlen, die allein 25 neue Sitze gebracht haben. Daß es vorwärts gehe in Elsaß-Lothringen zeige auch die Abrechnung, die mit Berlin stattgefunden hat. Den alljährlich wiederkehrenden Wünschen aus dem französisch sprechenden Sprachgebieten werde in kommender Zeit mehr Rechnung getragen werden. Den Bericht der Kontrollkommission erstattete Gen. Emmel. Irgend welche wesentliche Beschwerden lagen nicht vor. Die Diskussion erstreckte sich hauptsächlich auf die Ablieferung der Pflichtbeiträge an den Landesvorstand, Schaffung von neuen Parteisekretariaten und über Agitation zu den nächstjährigen Gemeinderatswahlen. Vom Gen. Müller (Parteivorstand) wurde hervorgehoben, daß der Parteivorstand dem Wunsche, in französischen Städten müsse ein französisches Wochenblatt erscheinen, nicht nachgekommen sei, weil mit den Wochenblättern bisher nirgends Erfolge erzielt worden sind. Von Berlin aus werde dem Parteileben Elsaß-Lothringens die größte Aufmerksamkeit geschenkt, und auch fernerhin Unterstützung gegeben. In der Abstimmung wurde der Antrag des Landesvorstandes: die Delegationskosten zum Landesparteitage für die Delegierten der Wahlkreise, der Mitglieder des Landesvorstandes und der Kontrollkommission übernimmt in Zukunft die Landeskasse, angenommen. Ferner wurde beschlossen, vom Pflichtbeitrag wird in Zukunft an die Landeskasse 40 % d. h. 12 ₰ pro Mitglied abgeführt, für die weiblichen Mitglieder 6 ₰. Weiter fand ein Antrag Kolmar auf Errichtung eines Parteisekretariats in Kolmar Annahme, ferner noch ein Antrag auf Einsetzung einer Kommission, die die Vorarbeiten zu einer Agitation in den französisch sprechenden Sprachgebieten machen soll. Dieser Kommission wurde nahegelegt, die Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin auf das an der Grenze liegende französisch sprechende Sprachgebiet aufmerksam zu machen. Damit war die Abendsitzung beendet. In der Sonntagsvormittags-Sitzung fanden zuerst die Begrüßungsansprachen statt. Darauf wurde der Bericht der Landtagsfraktion erstattet.

Werftarbeiterstreik und Arbeitswilligenschutz.

Daß der Werftarbeiterstreik an sich als besonders zugkräftiges Beweismittel für den ach so notwendigen gesetzlichen Arbeitswilligenschutz würde dienen müssen, hätte gewiß kein auch nur mittelmäßig vernünftiger Mensch ahnen können. Nicht etwa weil bei eifrigem Schnüffeln der Scharfmacherpresse angebliche Arbeitswilligenbelästigungen entdeckt werden konnten, sondern weil überhaupt gestreikt wird, deshalb soll der gesetzliche Arbeitswilligenschutz notwendig sein. Diese Ausgeburt eines Scharfmacherhirns produziert sich in Schweinburgs „Berliner Politische Nachrichten" (Nr. 164 vom 18. Juli) wie folgt:

„Wenn jemals eine Streikbewegung die Notwendigkeit eines gesetzlichen Arbeitswilligenschutzes bezeugt hat, so der Ausstand der Hamburger Werftarbeiter, von dem die Arbeiter, die an ihm beteiligt sind, selbst nicht wissen, wie dieser Kampf mitten im Frieden hat ausbrechen können. Es ist beinahe die Regel, daß Streikgedanke und Streikentschluß von außen her in die Arbeitermassen hineingetragen werden, und in den weitaus meisten Fällen sind es fremde Elemente, berufsmäßige Agitatoren, die das Hetzgeschäft besorgen, so geschickt und gründlich, daß der völlig einseitig informierte Arbeiter jedes Augenmaß für die Beurteilung des Streitfalles verliert und in der Beurteilung seines Arbeitgebers sehr bald dahin kommt, wohin ihn der Hetzer haben will, zu der Auffassung nämlich, daß der Arbeitgeber rechtlos sein müsse, damit ihm, dem Arbeitnehmer, alle Rechte zugesprochen und zuerteilt werden können. Solche Arbeitskämpfe, aus nichtiger Ursache entstanden oder planmäßig in politischer Absicht entfesselt, sind keine Seltenheit. Daß aber eine Ausstandsbewegung entstehen und viele Tausende ergreifen kann, ohne daß die Leiter der Arbeiterorganisationen, die sich mit Vorliebe Vertrauensleute der Arbeiter nennen lassen, in der Lage sind, den oder die Urheber des Streiks zu ermitteln, das ist wohl noch nicht dagewesen. Aber es ist wirklich so. Wer die Nachricht verbreitet hat, daß auf Beschluß der Vereinsleitung des Metallarbeiterverbandes die Arbeit niedergelegt werden sollte, konnte, einer Erklärung der Vereinsleitung des Metallarbeiterverbandes zufolge, bis jetzt nicht ermittelt werden. Es muß einigermaßen wundernehmen, daß derartiges bei dem vorzüglichen Organisations- und Kontrollsystem in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung überhaupt möglich war. Jedenfalls haben die Vorstände Verwahrung eingelegt, daß sie den Ausstand gewollt und veranlaßt hätten, und sie haben Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. Dafür hätten sie sich gewiß nicht entschieden, wenn auf eine erfolgreiche Durchführung des Streiks gerechnet werden konnte. Aber daran ist nicht zu denken, denn die Lage der beteiligten Reedereien ist keineswegs derart, daß sie nicht, so schwer sie im Augenblick von der Arbeitseinstellung betroffen werden, die ihnen aufgezwungene Stillegung der Betriebe überwinden könnten. Wäre das nicht der Fall, wüßten die Führer des sozialdemokratischen Verbandes, daß die Werften sich in einer Zwangslage befinden, sie hätten dann den Dingen ihren Lauf gelassen und schwerlich eine Verantwortung abgelehnt, die sie jetzt freilich in einer aussichtslosen Sache nicht übernehmen mögen.

Aber wie dem auch sei, die Erklärung der Ortsleitung des Metallarbeiterverbandes legt einen geradezu erschreckenden Notstand bloß. Es darf geschehen, daß viele Tausende von Arbeitern aus Brot und Lohn gebracht, daß äußerst wertvolle Interessen der deutschen Volkswirtschaft durch Beeinträchtigung des Schiffsverkehrs und des Schiffsbaues schwer geschädigt werden, weil es irgend einem Unzufriedenen oder Rachsüchtigen so gefällt. Liegt darin Sinn und Verstand? Ist ein derartiger Zustand eines Rechtsstaates würdig? Wer entschädigt die 25 000 Arbeiter, die notgedrungen feiern müssen, und ihre Angehörigen für den entgangenen Verdienst und für die kommenden Entbehrungen und Leiden? Wenn die Verbandsführer wirklich auf die Interessen der Arbeiter bedacht wären, hätten sie die Wiederaufnahme der Arbeit nicht empfehlen, sondern anordnen und, falls nicht Folge geleistet würde, ihr Amt niederlegen müssen. Das ist aber nicht geschehen, wahrscheinlich, weil die Führer wissen, daß sie mit solcher Forderung doch nicht durchdringen würden. Wenn es aber so ist, dann muß eben eine stärkere Macht eingreifen, die Macht des Gesetzes, das einer Ausstandsbewegung, von deren Ursachen die zunächst Beteiligten nichts wissen und für die niemand die Verantwortung übernehmen will, die Berechtigung abspricht und damit den Arbeitswilligen die Rückkehr zu der ohne Ueberlegung, ohne eigenen Willen, nur auf die von einem Unbekannten ausgegebene Losung hin verlassenen Arbeitsstätte ermöglichen. Solcher Fürsorge sollte der Arbeiter unter allen Umständen gewärtig sein dürfen, wenn, wie in dem Streik der Hamburger Werftarbeiter, über seinen Kopf hinweg von gewissenlosen Hetzern, die sich zu ihrer Tat nicht zu bekennen wagen, ein Kampf entfesselt wird, der unbedenklich die wirtschaftliche Existenz und Zukunft vieler Tausende aufs Spiel setzt."

Den Scharfmachern muß alles zum besten dienen! Ob die Organisationsleitung den Streik vorbereitet, ob die Arbeiter ihn ohne Zustimmung des Vorstandes beginnen, ob die Hintzebrüder Skandal provozieren, ob die Streikenden sich muster-

---

„So werde ich das Haus sehen, in dem sie wohnt — vielleicht höre ich ihren Namen aussprechen."

„Ich meine, das ist eine Freude, die wir haben können, ohne so weit zu gehen."

„Es sind ja nur einige Schritte!"

„Auf alles haben Sie auch eine Antwort. Aber werden Sie auch keine Unvorsichtigkeit begehen?"

„Glauben Sie denn, ich liebe sie nicht? Würden Sie an meiner Stelle Unvorsichtigkeiten begehen?"

„Vielleicht . . . wenn man mich liebte! Aber hören Sie . . . Sie werden sich doch nicht ansehen, wie Sie es oben aus der Luke taten? Wissen Sie auch, daß ich fast glaubte, Sie würden mein Herz mit Ihren flammenden Augen in Brand stecken?"

„Ich werde sie nicht ansehen."

„Und Sie werden kein Wörtchen mit ihr sprechen?"

„Unter welchem Vorwande sollte ich mit ihr sprechen können?"

„Sie werden keinen solchen Vorwand suchen?"

„Ich werde nicht einmal in den Hof eintreten, wenn Sie mir es verbieten — ich werde von weitem über die Mauer sehen."

„Das wäre das Klügste. Ich erlaube Ihnen, von dem Tor aus in den Wind zu wittern, der über das Schloß streicht — das ist alles."

Als der Tag zur Neige ging, machten die beiden Freunde sich auf den Weg. Mit zwei Säcken beladen, schritt die Sophie stolz vor ihnen her. Ludwig, der im Herzen traurig war, sprach wenig und gab seinen schwarzen Gedanken nur Ausdruck durch Peitschenhiebe nach rechts und links auf das Gestrüpp mit reifen Brombeeren und auf die kühlen Geißblattsträucher — duftender als die, die man im Garten hegt und pflegt.

Eben waren sie an einer Gruppe strohgedeckter Häuschen vorübergeschritten, als Lemor, der an dem Graben des Weges entlang ging, plötzlich stehenblieb — überrascht, ihnen langen unter der Hecke ausgestreckten Mann zu sehen, der seinen Kopf auf einen wohlgefüllten Bettelsack ausruhte.

„O . . ." rief der Müller aus, ohne im geringsten zu erstaunen, „beinahe hätten Sie auf meinen Onkel getreten!"

Bei Ludwigs klangvoller Stimme fuhr der Schläfer zusammen — mit einem Satz war er auf den Beinen, griff mit beiden Händen nach dem mächtigen Knüttel, der neben ihm lag und begann ängstlich zu fluchen.

„Werdet nur nicht böse, Onkel!" sagte der Müller lachend. „Es sind Freunde, die vorübergehen — wenn Ihr erlaubt. Denn obgleich die Wege Euch gehören, wie Ihr sagt, verbietet Ihr doch niemand, sie zu benutzen — nicht wahr?"

„Jawohl," antwortete der Mensch von riesenhaftem Wuchs und widerlichem Anblick. „Ich bin der beste aller Eigentümer — weißt du es, mein Kleiner? Aber es heißt doch meine Gutheit ein wenig mißbrauchen, wenn man mir auf dem Gesicht herumtrappelt. Was ist denn das für ein schlechter Christ, der einen anständigen Mann in seinem Bett nicht sieht? Ich kenne ihn nicht — ich, der ich doch jeden kenne, hier und anderwärts!"

Und während er so sprach, betrachtete der Bettler Lemor von oben bis unten mit verächtlicher Miene, und Lemor sah ihn gleichfalls an — mit Widerwillen.

Es war ein alter, knochiger Greis in schmutzstarrenden Lumpen, dessen steifer, weißmelierter Bart dem schützenden Panzer eines Igels glich. Sein hoher durchlöcherter Zylinder war von einem Knoten roter Bänder und einem Strauß verschossener künstlicher Blumen überragt — wie von einer zum Spott herausfordernden Trophäe.

„Beruhigt Euch, Onkel," sagte der Müller, „der hier ist ein guter Christ, das könnt Ihr mir glauben!"

„Und woran erkennt man das?" entgegnete der Onkel Kadosch, indem er den Hut abnahm und ihn Heinrich entgegenhielt.

„Nun, sagte der Müller zu Lemor, „verstehen Sie ihn jetzt? Der Onkel bittet Sie um einen Rickel."

Lemor warf seinen Obulus in den Hut des Onkels, der sofort nach dem Geldstück griff und es mit einer Art Wonne zwischen seinen langen Fingern hin und her wandte.

„Es ist ein großer Sou!" sagte er mit einem häßlichen Lächeln. „Zehn revolutionäre Decimen*) vielleicht! Doch nein, Gott sei Lob und Dank . . . es ist ein Ludwig XV., mein König! Ein König, dessen Herrschertum ich noch gesehen! . . . Das bringt mir Glück . . . und dir ebenfalls, mein Neffe!" fügte er hinzu, indem er seine lange krumme Hand auf Lemors Schulter legte. „Du kannst jetzt sagen, du gehörtest zu meiner Familie, und ich würde dich wiedererkennen, wenn du dich auch vom Kopf bis zu den Füßen verkleiden würdest."

„Wir müssen gehen . . . guten Abend, Onkel!" sagte Ludwig, und gab ihm gleichfalls ein Almosen. „Sind wir Freunde?"

„Immer noch!" antwortete der Bettler mit feierlicher Stimme. „Du . . . du bist stets ein guter Verwandter gewesen . . . der beste in meiner ganzen Familie. Darum sollst du es auch sein, dem ich mein ganzes Vermögen hinterlasse. Schon seit langer Zeit sage ich dir das, und du wirst sehen, ob ich Wort halte!"

Ah . . . wahrhaftig, ich rechne stark darauf!" gab der Müller heiter zur Antwort. „Gehört der Blumenstrauß auch dazu?"

„Der Hut . . . ja gewiß doch! Aber der Strauß und das Band gehören meinem letzten Liebchen."

„Teufel, mir wäre viel an dem Strauß gelegen!"

„Das glaube ich auch!" erwiderte der Bettler, der hinter den beiden jungen Männern herging und ihnen trotz seines hohen Alters noch mit ziemlich munteren Schritten folgte. „Der Blumenstrauß ist das Kostbarste in dem Nachlaß. Er ist geweiht, verstehst du . . . er ist aus der Kapelle der heiligen Solange."

„Wie kann ein so frommer Mann, wie Ihr es sein wollt, denn nur von seinem Liebchen sprechen?" fragte Heinrich, dem diese lächerliche Persönlichkeit nur einen tiefen Abscheu einflößte.

„Halt den Mund, Neffe," antwortete der Onkel Kadosch, ihn verstohlen anblickend. „Du machst ein Geschwätz wie ein Schafskopf!"

„Entschuldigen Sie ihn, er ist ein Kind," sagte der Müller, der sich wie gewöhnlich über „den großen Onkel" lustig machte. „Er hat noch keinen Bart am Kinn und will schon vernünftig denken! . . . . Aber wohin wollt Ihr denn noch so spät, Onkel? Gedenkt Ihr heute Nacht zu Hause zu schlafen? Es ist ein bißchen weit von hier!"

„O nein . . . ich gehe nach Blanchemont. Morgen ist dort Fest . . ."

„Ah . . . das stimmt. Und ein guter Tag für Euch, was? Ihr erntet" zum mindesten vierzig große Sous!"

„Nein, aber immer noch soviel, um dem guten Schutzpatron von Blanchemont eine Messe lesen zu lassen."

„Ihr habt sie also immer noch gern, die Messen?"

„Die Messe und ein Schlückchen Branntwein, mein Neffe, und ein bißchen Tabak dabei — das ist das Leibes- und Seelenheil!"

„Ich sage nicht nein, aber der Branntwein wärmt doch nicht genug, Onkel, als das man in eurem Alter noch so in den Gräben schlafen könnte."

„Man schläft, wo man gerade ist, Neffchen. Man ist müde, man bleibt stehen . . .und macht ein Schläfchen auf einem Stein oder auf seinem Bettelsack, falls er nicht allzu platt ist."

„Mir scheint, Euer Ranzen ist ziemlich rund — heute abend!"

(Fortsetzung folgt.)

*) Decimi gleich der zehnte Teil eines Franken.

haft ruhig verhalten: „die Macht des Gesetzes muß eingreifen!" Der Streik müßte überhaupt gesetzlich verboten werden. Nur die Aussperrung ist erlaubt, oder vielleicht durch die Macht des Gesetzes gar noch zu unterstützen. Wie denn, wenn einzelne Unternehmerverbände trotz Schiedsgerichtsspruch und Anerkennung dessen durch die Unternehmerorganisation dennoch die Arbeiter aussperren? Wo blieb da unser Scharfmacher mit dem Rufe nach der „stärkeren Macht" des Gesetzes? Bei den jüngsten Tarifabschlüssen ist das vielfach vorgekommen, besonders im Malergewerbe. Die Zentralvorstände der Unternehmer haben, dem Wunsche des Scharfmachers gemäß, die Befolgung der Schiedsgerichtssprüche „angeordnet", ohne daß diesem militärischen Befehl eben Folge geleistet worden ist. Wenn erst hinter jedem unbotmäßigen Unternehmer oder Streikenden ein Polizist gestellt werden kann, könnte dieser Scharfmacherwunsch auf leichtere Erfüllung rechnen.

Sonst zeigen die komischen Attraktionen dieses politischen Jahrmarktskünstlers so ziemlich das Gegenteil der Wirklichkeit. Wenn jemals ein Streik aus der eigenen Initiative der Arbeiter geboren wurde, so dieser Werftarbeiterstreik. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern wegen der saumseligen Haltung der Werftbesitzer war eben so groß, daß sie über die Köpfe der Verbandsleitung hinweg zum Streik griffen. Nicht „außenstehende Hetzer" haben den Streikgedanken hineingetragen, sondern er wurde geboren in der Masse der Arbeiter. Daß dabei durch die falsche Meldung einer Person die Lunte in das Pulverfaß geworfen wurde, läßt die Sache nicht im mindesten in anderem Lichte erscheinen.

Scharfmachergeschäfte sind also bei diesem Streik nicht zu machen und der verehrliche Scharfmacherkuli wird sich damit abfinden müssen, daß dem Arbeiter das Recht des Streiks noch nicht genommen ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Heizungsmonteure und Helfer von Rheinland und Westfalen. Die Arbeitseinstellung der Heizungsmonteure und Helfer ist am Mittwoch morgen, 16. Juli, einheitlich auf der ganzen Linie erfolgt. Im Bereich von 30 Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes meldeten sich insgesamt 709 Heizungsmonteure und Helfer als Streikende. Eine große Anzahl von Helfern meldeten sich nicht als Streikende, sondern reisten zum Teil ab oder es gelang ihnen, sofort anderweitige Beschäftigung zu finden. Von diesen 709 Streikenden sind 644 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 30 Mitglieder des Christlichen Verbandes, 5 Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, 9 Mitglieder anderer Zentralverbände und 21 Unorganisierte. Im Laufe der Woche erklärten sich eine Reihe Firmen bereit, den Tarif anzuerkennen und wurde hier die Arbeit wieder aufgenommen. Am Schlusse der ersten Streikwoche arbeiteten bei diesen Firmen bereits 61 Monteure und Helfer, so daß noch 434 Monteure und 214 Helfer sich im Streik befinden. Davon sind 583 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 30 Mitglieder des Christlichen Verbandes, 5 Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, 9 Mitglieder anderer Zentralverbände und 21 Unorganisierte. Die Zahl der Streikenden wird sich in den nächsten Tagen noch beträchtlich erhöhen, weil bei verschiedenen Firmen Kündigung besteht und die Kollegen erst die Kündigung einreichen mußten. Ebenso befinden sich noch Kollegen in weit entfernt liegenden Orten sowie im Auslande, und können diese erst in den nächsten Tagen von ihren Montagestellen zurückkehren. Die Erwartungen der Organisationsleitungen sind also bedeutend übertroffen und dürfen wohl die Hoffnungen der Unternehmer, daß nur ein geringer Teil der Monteure und Helfer die Arbeit einstellen würde, hierdurch zu Wasser geworden sein.

Die Streikenden erwarten von der gesamten Arbeiterschaft die tatkräftigste moralische Unterstützung, damit der Kampf, der den Kollegen der Heizungsbranche von den Unternehmern aufgedrungen wurde, zu einem günstigen Abschluß gebracht wird. Möge keiner den kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Hoch die Solidarität!

Ein neuer Bergarbeiterverein? In Beuthen O.-S. wurde am 13. Juli ein neuer Verband der Bergarbeiter unter dem Namen „Reform-Verband" gegründet. Ein Vorstand bestehend aus sechs Personen ist gewählt, doch nicht öffentlich bekannt gegeben worden. Wer der Gründer dieses Verbandes ist, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. In einem Flugblatt dieses Verbandes sind die Vorstandspersonen nicht angegeben. Es werden tüchtige Agitatoren und Redner gegen hohe Provision gesucht, die sich an den unbekannten Vorstand unter der Chiffre: Postschließfach No. 249 in Beuthen O.-S. zu melden haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dahinter ein Schwindler steckt, der von den oberschlesischen Bergarbeitern Geld herausschwindeln will. Jedenfalls sind hiermit die Bergleute gewarnt!

Schlechte Erfahrungen mit „Hintzebrüdern" hat, wie schon mancher Unternehmer, so auch die Firma J. S. Kern & Söhne (Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen) in Schwiebus gemacht. Bei der genannten Firma streikten, wie wir bereits berichtet haben, die Metallarbeiter seit dem 2. Juli. Die Firma, die nach den alten Vertragsbestimmungen verpflichtet war, bei Ablauf des alten Vertrages auf neue Verhandlungen vor dem Einigungsamte einzugehen, lehnte jede Verhandlung mit den in Betracht kommenden Organisationen ab. Die Firma hatte sich eine Kolonne Hintzegardisten engagiert, um mit ihnen den Betrieb aufrecht zu erhalten. Wie überall, so hatte sich auch die Firma Kern & Söhne verpflichtet, diesen Leuten neben hohem Lohn gute Verpflegung zu geben. Neben freiem Logis, Frühstück, Mittag und Abendessen durfte es an Schnaps, Bier, Zigarren und Zigaretten nicht fehlen. Daß alle gelieferten Waren in erster Qualität geliefert werden müssen, ist der Firma Kern von den Streikbrechern recht deutlich gemacht worden. An arbeiten hat diese Gesellschaft nicht gedacht und was an Arbeit geleistet worden ist, war nicht zu gebrauchen. Die Firma hat sich, nachdem sie eine Woche Bekanntschaft mit dieser Sorte Streikbrecher gemacht hatte, zu Verhandlungen mit den Organisationen bereit erklärt. Bei den Verhandlungen hat die Firma selbst erklärt: „Wir wollen mit dieser Gesellschaft nichts mehr zu tun haben, uns ekelt es an, wenn wir sie sehen." Es müssen also schlimme Erfahrungen gewesen sein, die die Firma mit diesen Leuten gemacht hat. Nach 2½wöchiger Dauer ist der Streik zugunsten der Streikenden beendte. Die Sperre über den Betrieb ist aufgehoben.

Die Eisenvorräte der Erde.

Unsere ganze technische Kultur ist auf der Verwendung des Eisens aufgebaut. Es ist daher durchaus gerechtfertigt, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, wie groß der Vorrat an ausbeutungsfähigen Eisenerzlagern auf unserem Planeten ist. Prof. Dr. Max Eckert tut dies in einem Aufsatz der „Umschau" und kommt dabei zu recht tröstlichen Resultaten. Zunächst gewährt es ja eine gewisse Beruhigung, zu erfahren, daß die gesamte Erdkruste etwa zum zwanzigsten Teile aus Eisen besteht. Natürlich ist aber nur ein kleiner Teil dieser Vorräte technisch gewinnbar.

Die exakte Beantwortung der Frage, wie groß die uns zugänglichen Eisenvorräte der Erde sind, stößt auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Erstens ändert sich die Möglichkeit der Auswertung der Eisenerze mit der Entwickelung der Technik und der Verkehrmittel ständig so, daß Erzlager mit verhältnismäßig niedrigem prozentualem Gehalt an Eisen, die gestern noch als wertlos angesehen wurden, morgen der Ausnützung für wert erachtet werden können. Zweitens ist auch noch längst nicht die ganze Erdoberfläche auf das Vorhandensein von Eisenerzlagern hin untersucht worden. Nur 13 Prozent der wirtschaftlich ausnützbaren Erdoberfläche hat schon eine wirkliche Abschätzung erfahren; bei 10 Prozent hat eine annähernde Abschätzung stattgefunden; für weitere 25 Prozent liegen nur vereinzelte Nachrichten vor und für den Rest von 25 Prozent überhaupt keine. Auf die nichtuntersuchte Fläche entfällt auf Europa nur ein Vierzigstel der Gesamtfläche, in Amerika ein Zwanzigstel, in Australien ein Zehntel, in Asien ein Viertel und in Afrika zwei Drittel.

Die wertvollsten Eisenerze, die mit einem Eisengehalt von über 60 Prozent, finden sich nach unserer gegenwärtigen Kenntnis in Europa und hier in erster Linie in Schweden, ferner in Rußland (im Kaukasus). In Amerika besitzen Neufundland, Mexiko, Westindien Eisenerzlager, in Asien Britisch-Indien, China und Japan. Die übrigen Länder müssen sich mit gehaltärmeren Eisenerzlagerstätten begnügen.

Die vorhandenen und abbaufähigen Erzlager teilen sich nun in solche, die bereits in Abbau begriffen sind und solche, die erst der Erschließung harren. Die ersteren enthalten etwa 122 408 Mill. Tonnen Eisenerze, die 10 192 Mill. Tonnen Eisen ergeben. Der Roheisenverbrauch der Welt hat sich vom Jahre 1800 bis 1910 von 0,8 Mill. Tonnen jährlich auf 67 Mill. Tonnen jährlich gesteigert, in den letzten 10 Jahren allein auf das anderthalbfache. Nimmt man an, daß sich der Verbrauch so weiter steigert und die hüttentechnischen Verfahren die gleichen wie heute bleiben, so würden diese Vorräte in etwa 60 Jahren erschöpft sein.

Glücklicherweise existieren aber neben ihnen noch weit riesenhaftere, die erst der Erschließung harren. Diese Vorräte enthalten etwa 123 400 Millionen Tonnen Eisenerze, die 53 100 Millionen Tonnen Eisen ergeben. Auf die verschiedenen Erdteile verteilen sich diese Vorräte wie folgt:

	im Abbau begriffene Vorräte		ausbeutungsmögliche Vorräte	
	in Millionen Tonnen			
	Erze	Roheisen	Erze	Roheisen
Europa	12 032	4 733	41 029	12 085
Amerika	9 855	5 154	81 029	40 731
Australien	136	74	69	37
Asien	260	156	457	283
Afrika	125	75	viele Tausend	
	22 408	10 192	123 377	53 136

Mit diesen Vorräten läßt sich jedenfalls eine ganze Weile haushalten, und bis sie erschöpft sind, werden selbstverständlich in den noch ununtersuchten Gebieten der Erde weitere gewaltige Lager entdeckt.

Wir brauchen also zunächst noch keine Angst zu haben, daß es der Menschheit in absehbarer Zeit am wichtigsten Rohmaterial ihrer Technik fehlen wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein gemeiner Heiratsschwindler. Das tragische Schicksal eines jungen Mädchens, welches, nachdem es von einem Heiratsschwindler um seine ganzen Ersparnisse gebracht worden war, in der Verzweiflung Selbstmord verübt hatte, kam in einer Verhandlung zur Sprache, welche die zweite Ferienstrafkammer des Landgerichts II in Berlin beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde der Monteur Friedrich Ziffer vorgeführt, um sich wegen Betruges zu verantworten. Der aus Österreich stammende Angeklagte lernte im April v. J. die ledige Johanna S. kennen, die erst einige Tage vorher aus ihrer Heimat nach Berlin gekommen war, um eine Stellung als Stütze anzunehmen. Er gab sich dem Mädchen gegenüber als Ingenieur aus und erzählte, daß er im Auftrage der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft nach Südamerika fahren und dort eine Stellung annehmen solle, die ihm pro Tag über 30 Mark einbringe. Nach kurzer Bekanntschaft versprach er ihr, sie in Südamerika zu heiraten, schilderte ihr gleichzeitig das herrliche Leben, das sie dort führen würden, in den glühendsten Farben. Da die S., die streng katholisch war, einmal erklärt hatte, daß sie ein Gelöbnis abgelegt habe, keinen Andersgläubigen zu heiraten, gab sich der Angeklagte, der jüdischen Glaubens ist, als gläubiger Katholik aus und ging in dieser Heuchelei so weit, daß er jedes Mal, wenn er mit der S. an der Dominicuskapelle in Hermsdorf vorbeiging, tief den Hut zog. Unter allen möglichen falschen Vorspiegelungen gelang es ihm dann, der S. nach und nach ihre gesamten Ersparnisse in Höhe von 3600 Mk. abzunehmen. Als er das Mädchen ausgepreßt hatte, ließ er die Maske fallen. Er wurde brutal und rücksichtslos und wies die S. sogar aus seiner Wohnung, nachdem sie, nach ihrer Behauptung, von dem Angeklagten mit einer gewissen Krankheit infiziert worden war. Als die Betrogene schließlich Anzeige erstattete, stellte es sich heraus, daß der Angeklagte auch ein anderes Mädchen in ähnlicher Weise geprellt hatte. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf den von ihm bewiesenen gemeinen Charakter zu zehn Monaten Gefängnis. Am nächsten Tage verübte die S., die nach Hamburg verzogen war, aus Verzweiflung über ihr verfehltes Leben Selbstmord. Vor Gericht behauptete der Angeklagte jetzt, daß sich nach seiner Ansicht die S. aus Gram über seine Verurteilung das Leben genommen habe. Die Strafkammer kam, da als nicht erwiesen angenommen wurde, daß der Angeklagte und seine Tat Schuld an dem Selbstmorde der S. sei, und da auch ferner als erwiesen anzusehen war, daß die S. schon am ersten Tage ihrer Bekanntschaft zu dem Angeklagten in näheren Verkehr getreten war, zu einer Strafherabsetzung. Das Urteil lautete auf 6 Monate und 2 Wochen Gefängnis.

Ein neues aufsehenerregendes Urteil! Wo bleibt das Notgesetz zum militärischen Strafrecht? Unter der Beschuldigung des schwersten militärischen Verbrechens, des tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, stand der 22jährige aus Königsau bei Quedlinburg gebürtige Musketier Friedrich Höfer von der 6. Kompagnie des 1. Hannoverschen Infanterie-Regiments Nr. 74. Dabei handelte es sich im Grunde nur um eine Häkelei zwischen gleichaltrigen Kameraden. Am 19. und 20. v. Mts. gehörte H. zu dem Wachtkommando des Artillerdepots auf der Seelhorst, das sich aus Mannschaften der 5. und 6 Kompagnie zusammensetzte und Sergeant Evers (6. Kompagnie) befehligte. Schon auf dem Anmarsche hatte es zwischen den verschiedenen Kompagnieangehörigen Hänseleien gegeben. Als H., der im zweiten Jahre dient, am andern Morgen auf dem Posten beim Schuppen 3 abgelöst wurde, rief er der Ablösung, die der Rekrut Lunau, in diesem Augenblick sein Vorgesetzter, führte, ungeduldig und „disziplinwidrig" entgegen: „Langsamer könnt ihr wohl nicht!" Bei der Uebergabe des Posten ignorierte er die Befehle des Lunau, indem er nicht das Gewehr über nahm, sondern sich breitbeinig mit dem Gewehr unter dem Arm hinstellte. Auch erwiderte er auf Vorhaltungen des Lunau: „Was du verdammter Hammel wohl willst!" Schließlich ist er unter der Führung von Lunau nach dem Wachtlokal abmarschiert, wobei er unterwegs dem Lunau erst auf die Absätze, dann in das Gesäß trat. Als sich dann L. umwendete und angeblich eine den H. beunruhigende Bewegung mit dem Gewehr machte, stieß H. mit dem Kolben nach L., der den Stoß parierte, aber doch an der Lippe getroffen worden sein will. Dann herrschte wieder Frieden. Im Wachtlokal hat L. von den Vorfällen erzählt, und zwei Tage später erstattete er bei seinem Kompagniefeldwebel Meldung. H., der bei seinem Zusammenstoß mit L. mit keinem Gedanken an dessen Vorgesetzteneigenschaf gedacht haben will und nach den geltenden Bestimmungen zwei Stunden später der Vorgesetzte des L. gewesen ist, wurde sofort unter Anklage gestellt und am 25. v. Mts. verhaftet. Das Kriegsgericht (Vorsitzender Major Graf v. Magnis vom Königs-Ulanen-Regiment, Verhandlungsleiter Kriegsgerichtsrat Mahnkopf) erklärte nach mehrstündiger Verhandlung Höfer schuldig der Achtungsverletzung und der Gehorsamsverweigerung in Verbindung mit Beleidigung sowie des tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, sämtlich unter dem Gewehr. In Rücksicht auf seine vorzügliche Führung wurde ein minder schwerer Fall angenommen und hierauf H. zu der niedrigsten (!) gesetzlich zulässigen Strafe von **zwei Jahren einem Tag Gefängnis** verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe würde H., der in seinem bürgerlichen Beruf Schornsteinfeger ist, die Möglichkeit genommen sein, seinen konzessionspflichtigen Beruf je wieder ausüben zu können! Der mitangeklagte Sergeant Heinrich Evers, der elf vorwurfsfreie Dienstjahre hinter sich hat und schuldig befunden wurde, die Meldung der inkriminierten Vorfälle unterlassen zu haben (§ 147 M.-Str.), kam mit drei Tagen mittleren Arrest davon. — Wer solche Stänkereien anders beurteilt als ein Nur-Militär, wird das Urteil einfach nicht verstehen. Wir bestreiten auch, daß derartige Gesetze und Urteile zur Aufrechterhaltung der Disziplin nötig sind und wenn das die Nur-Militärs auch tausendmal behaupten. Das mag, vielleicht (?!), erforderlich gewesen sein vor etlichen hundert Jahren, als zu den Soldaten sich allerlei verlorenes Gesindel drängte oder gepreßt wurde, aber heute in der Zeit der allgemeinen Wehrpflicht ist ein derartiger Rückstand aus der Zeit des Spießrutenlaufens ein unverantwortliches Nachschleppen alter Barbarei. Wenn die Disziplin nicht anders aufrecht erhalten werden kann, als mit so groben Mitteln, dann kompromittiert man ja geradezu das „Volk in Waffen" und schlägt sich selbst ins Gesicht und täuscht das Volk, wenn man das Heer als eine Stätte der Bildung und Erziehung hinstellt, die zu genießen jeder Deutsche mit Begeisterung bereit sein müsse.

Auch ein Streikprozeß. Der Geheimpolizist A. in Krefeld hatte einen Arbeiter mit seinem Spazierstocke in den Rücken gestoßen, ihn am Kragen gepackt, ihn mit seinem Stocke bedroht und nicht verhindert, daß der von ihm geführte Polizeihund dem Arbeiter den Überzieher zerriß. Weiter beleidigte und bedrohte der Polizist noch zwei friedlich in ihrem Vorgarten stehende über 60 Jahre alte Leute. Anstatt, daß die Staatsanwaltschaft gegen den Polizisten einschritt, schickte die Polizei dem angegriffenen Arbeiter ein Strafmandat über 6 M. Die Staatsanwaltschaft aber erhob Anklage wegen Beleidigung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Niederrheinischen Volkstribüne" in Krefeld, die scharfe Kritik geübt hatte an dem Vorgehen des Beamten. Der angegriffene Arbeiter erhob gegen den Strafbefehl Einspruch; er wurde freigesprochen und die Staatskasse mußte die Kosten zahlen. Der angeklagte Redakteur, Gen. Freudenthal, mußte sich am 14. Juli vor der Krefelder Strafkammer in Krefeld verantworten. Durch Zeugenaussagen wurde einwandfrei festgestellt, daß die Schilderung der „Niederrheinischen Volkstribüne" mit der Wahrheit übereinstimmte. Das Gericht erkannte das im Urteilsspruche an und verurteilte das Verhalten des Polizisten. Der Staatsanwalt wollte in Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten ihn zu einem Monat Gefängnis verurteilen. Demgegenüber sprach das Gericht aus, daß die Vorstrafen nicht in Frage kommen könnten, zumal sozialdemokratische Redakteure an exponierter Stelle stünden. Wenn auch die scharfe Form der Beleidigung durch die Erregung über das Verhalten des Beamten erklärlich sei, so ginge doch aus ihr die Absicht der Beleidigung hervor, da der Beamte als „Rohling" und als „Polizeimensch" bezeichnet worden sei. Der Angeklagte sei deshalb, wenn ihm auch der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. in vollem Umfange zur Seite stehe, zu einer niedrigen Geldstrafe zu verurteilen und zwar zu 10 M.

Aus Nah und Fern.

Schreckensszene im Personenzug Posen-Lissa. In einem Abteil vierter Klasse des Personenzuges Posen—Lissa hat sich Sonnabend eine aufregende Szene abgespielt. Wie aus Lissa gemeldet wird, stach während der Fahrt ein Arbeiter plötzlich mit einem dolchartigen Messer auf seine Mitreisenden ein. Er verletzte vier Personen, darunter einen Soldaten aus Berlin, schwer. Ein Mann zog die Notbremse. Als der Zug hielt, sprang der Täter aus dem Zug und versuchte zu flüchten. Er wurde festgenommen und ins Gerichtsgefängnis in Lissa gebracht. Die Verletzten fanden im Krankenhaus in Kosten Aufnahme.

Diebstahl von Geschützteilen in einer Kaserne. Das Generalkommando des 14. Armeekorps teilt über die Entwendung von Geschützteilen beim Feldartillerie-Regiment Nr. 76 in Freiburg i. Br. folgendes mit: Vor einigen Wochen wurde beim Feldartillerie-Regiment Nr. 76 in Freiburg i. B. nachts in einem Geschützschuppen eingebrochen, wobei einige Geschützteile älterer Art entwendet wurden. Diese Teile können als bekannt und ohne besondere Bedeutung für die Spionage angesehen werden. Die Täter sind ermittelt und verhaftet; einer von ihnen hat in den Jahren 1904 bis 1906 seine Dienstzeit beim Regiment Nr. 76 abgeleistet und war daher mit den örtlichen Verhältnissen vertraut.

Tödlicher Unfall beim Radrennen. Bei den Radrennen auf der Hallescheen Radrennbahn stürzte am Sonntag der Motorführer Bachmann-Chemnitz durch einen Raddefekt und trug einen schweren Schädelbruch davon, dem er vierzig Minuten später erlag. Der hinter ihm liegende Radfahrer hat leichtere Verletzungen erlitten. — In St. Denis bei Paris entgleisten am Sonntag zwei Trambahnwagen an einer Kreuzungsstelle. 24 Reisende erlitten erhebliche Verletzungen. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Unfall durch einen Anschlag verursacht worden ist. An der Kreuzungsstelle war ein großer Holzpflock in die Schienen leingekeit.

Dem Henker überliefert. Die Hinrichtung Sternickels und seiner beiden Komplizen Franz Schliewenz und Georg Kersten wird, einer Nachricht aus Frankfurt a. O. zufolge, in den nächsten Tagen erfolgen. Die Staatsanwaltschaft hat es abgelehnt, ein Begnadigungsgesuch für den 19jährigen Schliwenz und den 20 Jahre alten Kersten zu befürworten. „Die drei Särge stehen schon bereit, und man wartet nur noch die Bestätigung der drei Todesurteile durch den Kaiser ab." So meldet kaltschnäuzig die bürgerliche Presse, ohne auch nur für die Dauer eines Federzuges die Schmach zu empfunden, die die Gesellschaft des 20. Jahrhunderts mit der Vollstreckung des Todesurteils an zwei jungen Menschen von 19 und 20 Jahren auf sich ladet. Die Särge stehen schon bereit! Nun kann der Henker kommen und zwei jungen Menschen den Kopf abschlagen, zwei Menschen, denen das Todesurteil in die Ohren gellte, noch ehe sie sich darüber klar geworden waren, wie sie zu ihrer Schuld kamen. — Die Särge stehen schon bereit! Es wird Zeit, sich

Eintrittskarten zu diesem Kulturschauspiel des 20. Jahrhunderts zu erbetteln!

Minen-Explosion. Sonntag morgen ereignete sich in Lagoubran bei Toulon eine Minen-Explosion, wobei ein Arbeiter getötet wurde.

Mittelalterliches. Im Bistum Münster sind infolge des schlechten Wetters besondere Gottesdienste angeordnet worden. — Wenn das nicht hilft . . .

Bergarbeiterlos. Auf der bei Holten (Rheinprovinz) liegenden Zeche Rhein, Schacht 1 und 2, gerieten sieben Bergknappen unter stürzendes Gestein. Der Schachtmeister Unhoff-Schmachtendorf wurde als Leiche geborgen. Die übrigen Bergleute wurden schwer verletzt.

Choleraverdächtige in einem internationalen Eisenbahnwagen. Der „Nationalztg." vom Montag abend wird aus Semlin in Ungarn gemeldet: Montag früh lief in die Semliner Bahnhofshalle ein Zug ein. Die Passagiere wollten den durchlaufenden Wagen nach Berlin besteigen, der jetzt statt von Konstantinopel erst von Belgrad abgelassen wird. Dies wurde mit der Motivierung untersagt, daß sich in diesem Berliner Waggon choleraverdächtige Personen befänden. Der Zug hatte außer einem aus Belgrad kommenden Speisewagen noch weitere vier Personenwagen, die nur bis Budapest fahren.

Standesamtliche Nachrichten

vom 13. bis 19. Juli 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

7. Juli. Arbeiter G. P. F. Lüchtemeier. Kaufmann P. J. B. Thorn. 9. Arbeiter H. F. L. Luckmann. 10. Bureaubeamter H. J. Chr. D. Strunck. Gärtner G. J. J. Schwarz. Segelmacher A. H. G. Baltrusch. 11. Straßenbahnwagenführer W. H. J. J. Anderson. Bureaugehilfe am Landgericht K. F. O. Düsedau. 12. Techniker M. K. Hoffmann. Eisenbahnassistent F. J. M. L. Papenhagen. Gastwirt H. Chr. D. Grabner (Schönböcken). 13. Tischlergeselle J. H. L. Deistler. Telegraphensekretär C. J. H. Westphal. 14. Buchdruckereifaktor J. Chr. A. L. Heise. Schmied H. W. F. Schwarz. Lagerist Chr. Mühl. Eisendreher R. O. Reiff. Schlossergeselle K. G. W. Lembcke. 15. Arbeiter R. P. Bachmann. 16. Arbeiter W. H. F. Carstens. Kuhlengräber W. A. Chr. Berlin. Arbeiter J. Perski. 18. Eisendreher F. K. W. Warning. 19. Arbeiter H. M. Steinbek.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

5. Juli. Eisenbahn-Hilfsschaffner J. H. J. Dorendorf. 7. Eisenbahnschaffner H. J. Schirr. Arbeiter H. J. Rohweder. 9. Schmiedemeister H. R. Chr. Jipp (Pohnsdorf). 14. Beeidigter Bücherrevisor K. H. W. Spethmann. Zimmermann J. Rauch. Arbeiter P. Chr. W. A. Lehmkuhl. 15. Arbeiter Th. J. A. Gäbeler. 17. Arbeiter C. A. F. Brackmann.

Angeordnete Aufgebote.

14. Juli. Wagenschieber H. K. H. Lehnhardt und M. G. M. P. Mewe in Silz. 15. Kranführer F. H. Drescher und K. M. M. Klinkenberg, beide in Düsseldorf. Arbeiter L. H. J. M. H. Richartz und E. W. M. Prüßmann. 16. Handlungsgehilfe H. A. B. Scheef und E. B. A. Neumann in Friedrichsort. Musiker A. Auner in Norderney und H. Joseph in Grohn. 17. Architekt und Maurermeister G. F. Barby und M. K. K. D. Hennings. Schuhmacher F. W. K. Dähn und W. Chr. J. Staroske geb. Menck. Arbeiter K. H. F. Matthiessen und F. W. H. Rönke. Monteur J. H. G. W. Petersen und H. D. E. Mohnsen. Forstarbeiter L. J. J. Bössow in Hohen-Schönberg und W. S. F. Berg. 18. Bureauvorsteher F. J. H. Hertel und M. W. K. Kreutzfeldt. Fahrradschlosser G. W. Nevermann und E. A. Hucker genannt Matthiessen. 19. Kontorist G. D. Bacher und M. K. E. Kähler. Drogist H. W. R. K. Koch und P. F. A. Torge.

Eheschließungen.

15. Juli. Fuhrwerksbesitzer J. H. Drews und M. D. K. Gipp. Rechtsanwalt Dr. jur. H. W. Th. Fock und B. H. F. Bühring. Schriftsetzer J. F. G. Meier und A. M. D. Schwabroh. Lehrer A. H. K. H. Michaelsen und K. L. Ch. Bartels. Geschäftsführer G. Ch. L. Heusler und A. Ch. E. Winkelmann. Schiffskapitän O. K. Pahnke in Barth i. P. und M. S. A. Ch. Peters. 18. Tischlergeselle H. H. W. Rönnpage und W. M. J. Weitendorff. Arbeiter J. H. F. Ch. Loof und J. L. Ch. Peters geb. Kohl. Arbeiter H. Prigge und H. Schanko. 19. Postbote J. H. H. Bockholdt und M. S. D. Lütt. Kutscher H. J. H. Jden und E. K. E. Freitag. Postbote A. K. W. Thielke und M. K. E. K. W. Boldt. Hobler H. F. A. Burmeister und M. S. J. Schmalfeldt. Maschinenbauer F. H. W. L. M. Horstmann und E. A. J. Bentin. Arbeiter H. Ch. K. Döscher und G. Krajewski, beide in Padelügge. Bureaugehilfe F. K. Ed. Dittmer und J. Th. Bockhagen. Arbeiter F. H. Ch. Voß und M. E. H. A. Ott in Neu-Horst. Eisenbahn-Diätar J. F. A. Pohlmann und H. M. K. Brockmüller. Oberschweizer K. F. Haase in Bilsen und A. J. Krüger in Schönböcken.

Sterbefälle.

12. Juli. Küferlehrling A. Künne, 14 J. 13. M. D. geb. Dittmer, Witwe des Lohgerbermeisters J. C. G. Gläser, 87 J. M. Ch. Hase, 4 M. C. S. E. geb. Kaufmann, Witwe des Fabrikanten C. F. L. Dubois, 70 J. H. K. F. Faust, 11 T. E. E. Gohlke, 3 J. Privatmann J. H. F. Grabner, 76 J. 14. C. Ch. geb. Kleve, Ehefrau des Arbeiters F. A. Stehmann, 47 J. 15. Th. H. K. Störmann, 6 M. Schneider L. J. Ch. Schmahl, 71 J. A. C. E. geb. Grevsmühl, Ehefrau des Maurers A. P. H. Arndt, 46 J. Ein totgeb. Mädchen, V.: Zimmermann A. W. H. Fürs. 16. Postsekretär a. D. J. Schwenn, 67 J. 18. M. D. L. F. geb. Rueß, Ehefrau des Arbeiters C. Mahncke, 38 J. 19. C. M. E. geb. Sievert, Witwe des Bleichers L. H. D. Koop, 82 J. D. C. S Boje, 81 J. A. C. S. Nuß, 83 J. Arbeiter C. J. H. Schwening, 44 J.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

China in der Welt voran!

Was, China? So wird jeder fragen. China, jenes Land, das erst vor einigen Jahren dem europäischen Verkehr geöffnet wurde? Ja, es ist tatsächlich so. Die chinesischen Arbeiter (alle? Red.) sind in einer Beziehung den Arbeitern anderer Länder voraus. In der Nummer 91 der „Düsseldorfer Volkszeitung" vom 18. April 1913 steht folgender kleiner Artikel: „China. Eine sozialistische Zeitung erscheint sei kurzem in Schanghai unter dem Titel „Das sozialistische China". Der Titel zeigt eine Erdkugel mit dem Sternenhimmel darüber, von einem mächtigen Gestirn überstrahlt. Das Blatt erscheint wöchentlich in chinesischer Sprache und Esperanto." Dieser kleine Artikel, so unscheinbar er auch ist, ist doch ziemlich inhaltsschwer; er läßt uns unzweifelhaft erkennen, daß die chinesischen Arbeiter, so rückständig sie auch bisher waren, mit einem Schlage erkannt haben, welchen unschätzbaren Wert und welche Bedeutung die Esperanto-Sprache hat und noch erreichen wird. Vor allem ist es die sozialdemokratische Partei, welche den größten Nutzen davon ziehen kann, weil eben durch Esperanto die Internationalität voll und ganz erreicht würde. Ich will hier ein kleines Beispiel anführen: In allernächster Zeit findet in Berlin ein internationaler Metallarbeiter-Kongreß statt. Dort kommen ohne Zweifel viele Nationalitäten zusammen. Nun ist die Kongreßsprache bekanntlich deutsch, englisch und französisch. Es werden aber viele Delegierte dort hinkommen, welche diese drei Sprachen nicht verstehen; denen ist es dann auch unmöglich aktiv an den Verhandlungen teilzunehmen. Wohl bekommen sie die gehaltenen Reden in ihrer Muttersprache übersetzt, aber wie schon gesagt, aktiv an den Beratungen teilzunehmen, ist bei ihnen ausgeschlossen. In dieser Beziehung würde die Esperanto-Sprache als Kongreßsprache eingeführt, von unendlichem Nutzen sein. Dazu gehört aber in erster Linie, daß sich die sozialdemokratische Partei und vor allem die Führer der Partei das Studium der Esperanto-Sprache angelegen sein lassen. Aber leider müssen wir konstatieren, daß die sozialdemokratische Partei unserer Bewegung sehr skeptisch gegenübersteht, und doch würde das Studium der Esperanto-Sprache die Arbeiter zu selbständig denkenden Menschen erziehen. Man hat die Beobachtung gemacht, daß jede neue Idee, jede neue Bewegung im Anfang belächelt und nicht ernst genommen wird, und daß man ihre Vorkämpfer als Idealisten und Utopisten ansieht. So war es auch bei der Entstehung unserer Partei. Auch ihre Vorkämpfer nannte man Utopisten, und doch ist unsere Partei so ungeheuer groß geworden, weil sie eben eine Kulturbewegung ist. Daß ist aber auch im vollsten Sinne des Wortes die Esperanto-Bewegung. Ich will hier nun nicht weiter auf die Einzelheiten der Esperanto-Sprache eingehen; eines will ich jedoch sagen: daß es jedem intelligenten Arbeiter, auch mit wenig Schulbildung, möglich ist, Esperanto zu erlernen, weil die Esperanto-Sprache verblüffend einfach ist. Ich mache schon jetzt darauf aufmerksam, daß im Anfang Oktober ds. Js. eine Propaganda-Versammlung stattfinden wird, welche genügend klarlegen soll, welchen bedeutenden Nutzen Esperanto für die Arbeiterschaft hat. Auch wird im Herbst ein neuer Kursus für Arbeiter stattfinden.

Ein Arbeiter-Esperantist.

Literarisches.

„In freien Stunden". Der erste Band des siebzehnten Jahrgangs geht uns soeben gebunden zu. Er enthält den von Frau Schütze-Schur illustrierten Roman „Aus Sturmeszeit". Der Roman spielt in der russischen Revolutionszeit. Er ist geschrieben von einer Frau, die mit ihrem Herzen auf seiten der Revolutionäre stand. Sie hat es verstanden, die rein menschlichen Elemente mit den politischen so innig zu vermischen, daß aus diesem Stoff ein hochinteressantes und ergreifendes Werk entstanden ist. Meisterhaft ist in dem Roman das Entstehen der Revolution dargestellt. Wie die ersten Ahnungen, die ersten Ängste und Hoffnungen entstanden, wie die Bewegung wächst und schwillt, wie eines Tages die Kanonen in den Straßen donnern und die Kinderfrau über Barrikaden hinwegklettern muß, um Milch für den Säugling zu holen. „Aus Sturmeszeit" ist ein groß angelegtes, gewaltiges, bewegtes Gemälde aus der jüngsten Vergangenheit. Der vorliegende Band der „Freien Stunden" sollte daher in keiner Bibliothek fehlen. Der Preis für das auf gutem Papier gedruckte Buch beträgt in Leinen gebunden 4 M, in Halbfranz 5 M. In dem zum 1. Juli begonnenen Band wird der Roman „Gold" von Fr. Gerstäcker abgedruckt. Wir empfehlen unseren Lesern, sich das Heft zu bestellen. Es kostet wöchentlich 10 Pfennig.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Komitee- und Kommissionssitzungen

Morgen Mittwoch 9 Uhr: Sitzung. 10028

Niemand darf fehlen.

Heinrich Burmeister
Magda Burmeister
5629) geb. Schmalfeldt
Vermählte.
Für die vielen Geschenke und Gratulationen danken herzlichst. D. O.

Am Montag morgen starb nach kurzer schwerer Krankheit unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater, der frühere Oberwächter

Conrad Böckmann

im 75. Lebensjahre.

Tief betrauert von den Seinigen.

Familie Böckmann.

Lübeck, den 21. Juli 1913.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 24. Juli, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes aus statt. (5637

Gestern nachmittag 5 Uhr entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit unsere innigstgeliebte süße

Ida

im 5. Lebensjahre.

Tief betrauert von ihren Eltern, Geschwistern, Großeltern und Verwandten.

Carl Landahl u. Frau, geb. Hamer.

Lübeck, den 21. Juli 1913.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes aus statt. (5622

Puck
DIE NEUE QUALITÄTS-
3 Pfg.
CIGARETTE
m/Gold
m/Hohlmdsk
flach
Glittert
GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK
5436

Fahrräder u. Nähmaschinen
in großer Auswahl
empfiehlt (5001
Th. Vedder, Friedenstraße 1.
Fahrradhandlung und Reparatur-Werkstatt.
Sämtliche Reparaturen an Fahrrädern und Nähmaschinen werden gut und billig ausgeführt.

Partie Tilsiter Käse per Pfd. 20 und 30 Pfg. Limburger Käse ca. ¾ Pfd.-Stück 15 Pfg. (5499
Käselager Schlumacherstraße 12.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt alle Meereiprodukte in bekannter Güte.
Geschäfte, welche Niederlagen übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Sonntag nachmittag 5½ Uhr starb plötzlich am Herzschlag mein lieber guter Mann, meiner Kinder treusorgender Vater, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Bäckermeister

Johannes Kloth

im 43. Lebensjahre.

Tief betrauert von seiner tiefgebeugten Gattin.

Dora Kloth, geb. Lorenz
und Kinder.
Johann Kloth und Frau.
Paul Müller u. Frau, geb. Kloth, Grevesmühlen.
Joachim Lorenz und Frau.
Karl Lorenz u. Frau, Warnow.

Stockelsdorf, d. 20. Juli 1913.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 24. Juli, nachmittags 2½ Uhr, vom Sterbehause aus statt. Trauerfeier ¼ Stunde vorher. (5620

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgeg.

Nachruf.

Am Sonntag, dem 20. Juli, starb unser Mitglied, der Bäckermeister

Johannes Kloth

im 43. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 24. Juli, nachmittags 2½ Uhr, statt.

Die Mitglieder versammeln sich um 2 Uhr im Vereinslokal L. Paetau, Fackenburg.

5622) **Der Vorstand.**

Gesucht 1500 M. als 2. Hypothek zum 1. Oktober in ein Vorstädtisch. Geschäftshaus. Brandkasse 15 000 M. Angebote unter **W G** an die Expedition dieses Blattes. (5634

Die Dame, welche gestern im Geschäfte von Haerder, Sandstraße, einen anderen Schirm versehentlich mitgenommen hat, wird ersucht, denselben im gen. Geschäfte geg. den ihrigen wied. umzutauschen.